Mittwoch, 8. August 1923. **Einzelnummer 750 Mark.** 62. Jahrgang. Nr. 177.

Bezugspreis monatlich M.
in der Geschäftsstelle 17500.—
in den Ausgabestellen 18000.—
durch Zeitungsboten 18500.—
am Postamt ..... 17500.—
Postgebühren besonders
ins Ausland 22500 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.
Fernsprecher: 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens .... 600.— M. Reklameteil 2500.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 600.— p. M. „ Reklameteil 2500.— p. M in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bundesgenosse und Nachbar.

Es ist an dieser Stelle schon wiederholt ausgesprochen worden, was den Hauptzug — und wohl auch den Hauptfehler — der Außenpolitik Polens seit der Entstehung der jetzigen polnischen Republik bildet. Es ist die allen Kompromissen abholde Politik des Forderns aller Gebiete, auf die man ein Anrecht zu haben glaubt. Eine Politik, die vielleicht verzeihlich erscheint, wenn man sie vom Standpunkt eines stark entwickelten nationalen Selbstgefühls betrachtet, dem es unleidlich scheinen will, daß an Polen grenzende Gebiete, in denen auch Polen leben, nicht unter polnischer Herrschaft stehen sollen, — die aber als unverzeihlich erkannt werden muß, wenn man sie, das Übermaß des nationalen Selbstgefühls ausschaltend, vom rein politischen Standpunkt aus prüft. Zu den in der Politik unbedingt notwendigen Kompromissen gehören die Zugeständnisse, die geeignet sind, den Beziehungen zu den Nachbarn ihre Schärfe zu nehmen. Das wußte der hierzulande verfehmte Bismarck sehr gut, als er sowohl 1866 als auch 1870 sich entschieden gegen die äußerste Ausnützung der deutschen Siege aussprach. Die bisherige Außenpolitik Polens scheint diese Rücksicht auf künftige Beziehungen zu den Nachbarstaaten gänzlich außer acht gelassen zu haben. Unterstützt wurde diese Politik durch die Haltung Frankreichs, das fast in allen Fällen die Ansprüche Polens billigte.

Daß eine Unterstützung der Ansprüche Polens durch Frankreich doch nicht einfach eine Selbstverständlichkeit ist, beweist die vorläufige Entscheidung über die Jauerfrage, die, wie hier schon berichtet wurde, dazu geführt hat, daß der polnische Gesandte in Paris, Graf Zamoyski, bei der französischen Regierung Vorstellungen erhob, — und zwar ergebnislos: sie wurden zurückgewiesen.

Also: Die Wünsche Polens und Frankreichs decken sich doch nicht in allen Fällen. Wenn das so ist und wenn Frankreich doch nicht ohne weiteres jederzeit ein Sachwalter Polens ist, dann erhebt sich die theoretische Frage: tut Polen gut daran, solche Probleme aufzuwerfen wie die Jauerfrage — die neue Verstimmungen zwischen ihm und seinen Nachbarn wecken —, ohne von vornherein die Gewähr zu haben, daß sein Wunsch Wirklichkeit werden wird?

Um diese Frage zu beantworten, muß man erst eine Vorfrage aufwerfen, und zwar: was ist überhaupt für Polen rein praktisch wichtiger, — die Haltung Frankreichs oder die Beziehungen zu den Nachbarstaaten?

Die Antwort wird lauten: zunächst die Stellung Frankreichs als des großen Geldgebers Polens. Daß die starke Mitwirkung französischen Kapitals an dem wirtschaftlichen Leben Polens an sich durchaus nicht unbedenklich ist, mag dabei außer Betracht bleiben. Aber davon abgesehen: Ist die Gesamtpolitik Frankreichs der Art, daß Polen ihre Förderung erstreben muß? Also eine neue Vorfrage.

Deutschland ist niedergeworfen, Rußland vorläufig wirtschaftlich konkurrenzunfähig. Frankreich setzt alles daran, um diese Lage auszunützen: es will sich die politische und wirtschaftliche Vormachtstellung auf dem europäischen Festlande für lange Zeit sichern. Daß das auf die Dauer nicht ohne blutigen Kampf nicht möglich ist, steht außer jedem Zweifel. Außer jedem Zweifel muß auch stehen, wer letzten Endes — wenn Frankreich seine jetzige Politik fortsetzt — Frankreich gegenüberstehen wird. In der Geschichte Europas ist es bisher immer noch so gewesen, daß der Staat des europäischen Kontinents, der das politische und wirtschaftliche Übergewicht über die anderen bekam, damit zugleich der Gegner Englands wurde. Die Zeichen mehren sich, daß die Geschichte auch diesmal diese Entwicklung nehmen wird.

In Frankreich selbst weiß man das natürlich sehr gut. Und Herr Poincaré, dem man — mag er sonst sein wie er will — eine gewisse Art von Klugheit nicht absprechen kann, weiß das zum mindesten nicht schlechter als die anderen. Nicht Haß und Rachsucht allein und nicht die Absicht allein, Deutschland völlig wehrlos zu machen, haben die Besetzung des Ruhrgebiets herbeigeführt. Diese Maßnahmen und ihre politisch und moralisch fast allgemein verurteilten Folgeerscheinungen würden kaum verständlich sein, wenn damit nicht etwas bezweckt würde, das den französischen Politikern unserer Tage wichtiger erschiene als die heutige Meinung der Welt über Frankreich und die Aufrechterhaltung des Nimbus der französischen Ritterlichkeit und Gerechtigkeitsliebe. Kommt der große Krieg, mit dem Frankreich rechnen muß, dann braucht ein Frankreich, das nicht mehr England und Amerika hinter sich hat, eine große Kohlenvorratskammer und eine leistungsfähige Munitionswerkstatt. Das ist der eigentliche Zweck und Sinn des Ruhrunternehmens, und die Zähigkeit, mit der Frankreich, allen verdammenden Urteilen zum Trotz, an diesem Unternehmen festhält, zeigt, daß man im Lande der gloire sich ohne diese große Kohlenvorratskammer und ohne diese riesige Munitionswerkstatt nicht stark genug fühlt für den großen Kampf, den man wahrscheinlich als unausbleiblich ansieht.

Wer sich auf Gedeih und Verderb mit Frankreich verbündet, wird sich schwer der Notwendigkeit entziehen können, in dem großen Krieg der Zukunft aktiv mitzuwirken. Wer durch Zugeständnisse an die Nachbarstaaten dort Sympathien weckt, setzt den kriegerischen Tendenzen der französischen Politik Friedensmöglichkeiten entgegen. Wenn aber ein mti Frankreich verbündeter Staat Fragen zur Diskussion stellt, die geeignet sind, in einem seiner Nachbarstaaten neue Verstimmungen gegen ihn zu wecken, und dabei nicht einmal seinen ihm nicht benachbarten Verbündeten auf seiner Seite hat, so kann das schwerlich als einen weitblickende Politik betrachtet werden. Das ist vielmehr eine Politik, die unter Umständen zur Isolierung führen kann.

Selbst wenn man die Dinge ganz und gar vom polnischen Standpunkt aus ansieht, kann man nicht gut zu einem anderen Schluß kommen.

Die Ausweisungen.

Abbruch der Verhandlungen über die Ausweisungen

Deutsche Blätter berichten: Die polnische Regierung hat in den letzten Monaten als Repressalie gegen Ausweisungen polnischer Staatsangehöriger aus Deutschland mehrere hundert Reichsdeutsche aus Polen ausgewiesen. Diese Maßnahme war als Repressalie weder sachlich gerechtfertigt noch völkerrechtlich begründet. Da die ausgewiesenen Reichsdeutschen sämtlich in Polen ansässig waren, die aus Deutschland ausgewiesenen Polen dagegen in der Mehrzahl der Fälle sich nur vorübergehend in Deutschland aufhielten, ihren Wohnsitz aber in Polen hatten, stellt die Ausweisung für die betroffenen Reichsdeutschen eine besondere Härte dar. Die deutsche Regierung hat weitestes Entgegenkommen gezeigt und hat sich in wochenlangen Verhandlungen bemüht, eine Verständigung mit der polnischen Regierung in der Ausweisungsfrage herbeizuführen. Die polnische Regierung war diesen Bemühungen gegenüber völlig unzugänglich und hat schließlich die eintägige Überschreitung einer von ihr gesetzten, unangemessen kurzen Frist in einer Sonderfrage als Grund benutzt, die Verhandlungen abzubrechen und sogar bereits getroffene Teilvereinbarungen einseitig zu annullieren.

Eine deutsche Note.

Nach Abbruch der Verhandlungen über die Ausweisungen von Deutschen aus Polen hat die deutsche Regierung durch den deutschen Geschäftsträger in Warschau am 3. August eine Note überreichen lassen, in der nach Darstellung des Sachverhalts erklärt wird, sie könne sich nicht des Eindrucks erwehren, daß die polnische Regierung überhaupt kein Einverständnis in der Ausweisungsfrage anstrebe, sondern die deutschen Ausweisungen nur benutzen wolle, um die von dem vorigen polnischen Ministerpräsidenten Sikorski am 10. April in Posen als Programm der polnischen Regierung verkündete Entdeutschungspolitik durchzuführen. **Die deutsche Regierung müsse sich vorbehalten, hieraus die entsprechenden Folgerungen zu ziehen.**

Die letzte Sejmsitzung.

(Von unserem Warschauer Sonderberichterstatter.)

Die letzte Sitzung des Sejm vor den Ferien begann am Sonnabend vormittag.

Den Hauptgegenstand der Beratungen bildete der Gesetzentwurf über die Vermögensabgabe, wegen welcher der Sejm und die Ausschüsse in den letzten Tagen unzählige Reden angehört hatten. Zunächst stellte Abg. Chądzyński (Nat. Arbeiterpartei) den Antrag, die erste Rate der Steuer bereits in diesem Jahre noch einzukassieren. Der Antrag wurde abgelehnt. Bogusławski von der Wyzwolenie tadelte, daß ein Sanierungsprogramm für die Finanzen des Staates auch vom Finanzminister Linde nicht vorgelegt worden sei. Es sei ganz richtig, daß die Zahl der Beamten eingeschränkt werden müsse; aber dafür dürfe man der Regierung keine Blankovollmacht geben, sondern es müsse ein geregelter Plan ausgearbeitet werden. Wie man weiß, handelt es sich hierbei um den Versuch, den die Regierung im Verwaltungsausschuß gemacht hatte, ein Gesetz einzuführen, das der Regierung das Recht gibt, ganze Ministerien und Beamtenstellen abzuschaffen. Die Linke war in große Entrüstung geraten, da sie glaubte, daß die Regierung sich dieses Gesetzes bedienen werde, um sich parteilich mißliebiger Beamten zu entledigen. Der Sturm gegen das Gesetz hatte die Wirkung, daß auf seine Behandlung in dieser Session verzichtet wird, was so viel heißt, daß es inzwischen in der Versenkung verschwinden wird.

Sehr leidenschaftlich äußerte sich der Ukrainer Podhorski. Er sagte, die Regierung und der Staat nehmen wohl die ukrainischen Soldaten, aber sie verweigere den Ukrainern die Schulen und die Universität, die geheim ihre Kurse abhalten müssen. Die polnische Verwaltung im ukrainischen Lande sei skandalös, und seine Fraktion werde nicht für diese Vermögensabgabe stimmen. Rudziński von den Piasten sagte, er wisse, daß die Arbeiter und Kleinbauern sich nicht der Vermögensabgabe entziehen wollen, er sei daher gegen eine Erweiterung der unteren Befreiungsgrenze von der Abgabe. Die Dąbski-Gruppe schlug vor, die Eigentümer, deren Güter durch den Krieg zerstört und die noch nicht wieder aufgebaut wurden, von der Steuer zu befreien. Stolarski von der Wyzwolenie wollte die untere Grenze auf Vermögen von 5000 Goldfranken festgesetzt wissen. Der Gesetzesvorschlag hatte 2000 angenommen, und schließlich wurden alle Anträge für die untere Grenze für die Befreiung, die zwischen 5000 und 15 000 sich bewegten, zurückgewiesen und 3000 Goldfranken als die unterste Grenze festgesetzt. Befreit bleiben ferner die im Osten angesiedelten Kolonisten, wenn ihr Besitz 20 Hektar nicht überschreitet und sie kein anderes Vermögen besitzen, ferner angesiedelte Soldaten. Man sieht, daß hier Vorsorgemaßregeln getroffen werden, damit die Polonisierungsarbeit im Osten, über die die Ukrainer und Weißrussen so lebhafte Klagen führen, nicht gehindert werde.

Am Nachmittag wurde das Gesetz bereits in dritter Lesung angenommen, so daß schon am Sonnabend abend, statt wie zuerst beabsichtigt am Mittwoch, der Sejm seine Ferien antreten konnte.

Zu Beginn der Sonnabendvormittagsitzung stellte Abg. Sikora von der Piastenpartei einen Dringlichkeitsantrag über die Tätigkeit der deutschen Richter im polnischen Gerichtswesen in Pommerellen.

Die Rechte der Ausländer in Polen.

Der „Dziennik Ustaw“ veröffentlicht das im Sejm angenommene Gesetz, nach welchem die Bestimmungen über die Entschädigung im Falle von Unglücksfällen bei der Arbeit, Arbeitsunfähigkeit, Alter, Tod, sowie Arbeitslosigkeit auch auf Ausländer ausgedehnt werden sollen. Die Ausführung dieses Gesetzes wurde dem Minister für Arbeit und öffentliche Fürsorge übertragen.

Pensionierung von Ministern.

Dem Sejmmarschall ist ein Gesetzentwurf über die Pensionierung von Ministern zugegangen. Minister, die unmittelbar vor ihrer Berufung auf den Ministerposten Staatsbeamte waren, haben das Recht auf Pension, und auch Minister, die mindestens eine 25jährige Staatsdienstzeit hinter sich haben und mindestens ein Jahr lang Minister waren, sollen eine Pension in Höhe der Gruppe erhalten, welche der betreffende Ministerposten zugeteilt ist. Minister, die vor ihrer Berufung auf den Ministerposten nicht Staatsbeamte waren, erhalten eine Abfindung in Höhe eines dreimonatlichen Diensteinkommens.

Das Holzausfuhrverbot.

Daß über das Holzausfuhrverbot im Ausschuß beraten wurde haben wir seinerzeit berichtet. Jetzt wurde im Sejm im letzten Augenblick von der Minderheit im Ausschuß eine Reihe von Anträgen eingebracht, die aber an den Ausschuß verwiesen wurden. Hiernach soll die Ausfuhrabgabe für je 100 Kilo Gewicht und nicht nach dem Kubikinhalt berechnet werden. Es soll also jede Waggonladung gewogen werden unter Abzug des Wagengewichts, wodurch Beamte gespart werden. Exporteure sollen verpflichtet werden, die über die Grenze gehenden Waggons sich von den fremden Regierungen auf eigene Rechnung und Gefahr zu verschaffen. Rundhölzer, die für die einheimische Industrie benutzt werden, sollen in der Verladungsreihe von der sechsten an die dritte Stelle gerückt, solche, die für den Export bestimmt sind, von der sechsten an die 13. Stelle gesetzt werden.

Poniatowski von der Wyzwolenie sagte, daß die Exportgewinne der Händler außerordentlich groß seien, aber daß es ihnen stets gelinge, fingierte Rechnungen vorzulegen. Sie behaupteten, daß sie unter Verlust, also aus reiner Menschenliebe exportierten, da das Holz in Danzig billiger sei, als sie verrechneten. Man müsse einen Unterschied zwischen bearbeitetem und unbearbeitetem Holze machen und das letztere überhaupt nicht aus dem Lande herauslassen, sondern es im Lande selbst bearbeiten lassen. Für die Ausfuhr müßten die größten Abgaben gefordert werden. Das würde Milliarden einbringen. Herr Poniatowski verlor sich dann in Milliardenphantasien. Für geschnittenes Holz verlangt er 8 Schilling, für Rundholz, ungeschnitten 1,2 Schilling pro Tonne. Diese Anträge wurden jedoch abgelehnt Schließlich nahm der Sejm die Anträge des Ausschusses an.

*

Die Konferenz von Sinaja.

Unser Warschauer Sonderberichterstatter schreibt uns:

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß der Plan mißglückt ist, ein neues „Mitteleuropa“ zu bilden, wie es Herr Seyda in seiner Programmrede angekündigt hatte, so haben die Vorgänge in Sinaja diesen Beweis erbracht. Herr Piltz, der frühere polnische Gesandte in Prag, der wegen seiner Tschechenfreundlichkeit bekannt ist, wurde gemeinschaftlich mit Herrn Jurjewicz nach Sinaja entsandt, um zu sehen, was dort noch für Polen zu retten war. Für ein neues Mitteleuropa, oder wie es verständlicher ausgedrückt ist: für eine neu geformte Kleine Entente mit Hinzuziehung Polens, fehlten die Grundbedingungen, seit es klar geworden war, daß die Tschechoslowakei nicht daran dachte, auf ein engeres Freundschaftsverhältnis mit Polen einzugehen. Dazu kam die Entscheidung des Botschafterrates in der leidigen Jauerfrage, die Verweisung der Angelegenheit an den Völkerbundsrat. Nun aber hat die Kleine Entente eine Stimme im Völkerbundsrat zu beanspruchen, und Polen gab sich die größte Mühe, daß ihm diese Stimme übertragen würde. Polen hat dies nicht erreicht, und es kann leicht sein, daß sein wenig geliebter Rivale, die Tschechoslowakei, diese Stimme erhält, daß sie also — Herrn Benesch zufällt. Dann wird dieser also mit als Richter fungieren, wenn über die Jauerfrage verhandelt werden wird, was für Polen gewiß keine angenehme Aussicht ist. Inzwischen läßt sich Herr Benesch wiederum in einer für Polen ganz und gar unannehmbaren Form, mit Hilfe seines Schalltrichters, des „Cesko Slowo“, vernehmen. Was jetzt in diesem Blatte verlangt wird, übersteigt so ziemlich alles das, was zwischen zwei „befreundeten“ Staaten üblich ist. Es wird in diesem Artikel nicht mehr und nicht weniger gesagt als dieses: daß, wenn die jetzigen polnischen Grenzen bleiben, Krieg mit einem großen Volke drohe, mit dem die Tschechoslowakei keine Unannehmlichkeiten haben wolle. Jeder Politiker der Tschechoslowakei müsse das in Erwägung ziehen. Ein freundliches Verhältnis zu Polen wolle man gerne haben, aber nicht zum Schaden des tschechischen Volkes. Und so lange könne man sich nicht mit Polen vereinen, solange noch die Territorien, wie Weißrußland und andere Gebiete, die es von Rußland genommen habe, noch in polnischem Besitz verbleiben. Das Verhältnis zwischen Rußland und Polen solle zunächst geregelt werden und inzwischen solle man sich gegenseitig keinen Sand in die Augen streuen.

Daß dieser neue herausfordernde Artikel des Benesch-Blattes hier sehr verstimmt hat, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden. Jede Aussicht aber, daß aus den von Frankreich unterstützten und dirigierten Plänen einer vergrößerten gegen Deutschland gerichteten Kleinen Entente noch etwas werden könnte, ist hiermit gründlich zerstört. Da nun die Baltenpolitik Polens und Frankreichs vollständig mißglückt ist, so fehlt es nicht an Stimmen, die klar aussprechen, daß Polen, im Gefolge Frankreichs, nun vollkommen isoliert ist.

Republik Polen.

Der Staatspräsident in Zakopane.

Staatspräsident Wojciechowski traf am Montagvormittag in Zakopane ein und begab sich von dort in Begleitung seines Gefolges und von Vertretern der Ortsbehörden nach Morskie Oko. Unterwegs wurde der Präsident der Republik von der Bevölkerung stürmisch begrüßt. Nachdem der Präsident nach der Besichtigung des Morskie Oko noch den Czarny Staw besucht hatte, fand in Zakopane ein Frühstück statt, in dessen Verlauf mehrere Reden gehalten wurden. Um halb vier Uhr nachmittags wurde die Rückreise angetreten.

Polens Trauer um Harding.

In der Montagssitzung des Ministerrates wurde beschlossen, daß zum Zeichen der öffentlichen Trauer um den verstorbenen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika am Tage seiner Beisetzung alle Regierungsgebäude in Warschau und in der Provinz sowie die Schiffe der polnischen Flotte auf Halbmast flaggen sollen.

Der Ministerrat

nahm in seiner Montagssitzung verschiedene Ministerialanträge an, und zwar einen Antrag des Außenministers über Ratifizierung der Postkonvention mit Rußland, einen Antrag des Justizministers betreffs der Zuständigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte in den westlichen Wojewodschaften und einen Antrag des Finanzministers über die Juli-Zulage für die Beamten auf Grund der Berechnungen der Statistischen Kommission. Die Angelegenheit der Teuerungszulage für die Staatsfunktionäre der schlesischen Wojewodschaft wurde dem Finanzministerium zur Prüfung und Antragstellung überwiesen. Den weiteren Teil der Sitzung bildeten Fragen der Reorganisierung der Staatsverwaltung.

Ansiedlung und Aufteilung.

Der Agrarreformminister Osiecki hat einen Vertreter der Agencja Wschodnia über die Grundsätze unterrichtet, auf die sich das am 2. August vom Ministerrat bestätigte Gesetz über die Ansiedlung und Aufteilung stützt. Nach dem Gesetz sollen in ganz Polen 220 000 Hektar jährlich aufgeteilt werden. Die Aufteilung wird auf dreierlei Weise vor sich gehen: 1. Durch das Agrarreformministerium, 2. durch bevollmächtigte Institutionen und 3. auf privatem Wege unter der Kontrolle des Agrarreformministeriums. Zu Beginn jeden Jahres wird ein Aufteilungsplan für den ganzen Staat ausgearbeitet und das Landkontingent in den einzelnen Bezirken festgelegt werden, die der Aufteilung unterliegen. Das Agrarreformministerium beabsichtigt, in weitem Maße die Privatinitiative zu benutzen und wird sich zu diesem Zwecke an entsprechende Institutionen wenden, damit diese angeben, welcher Landbesitz zur Aufteilung geeignet ist. Diese Institutionen würden dann selbständig die Aufteilung durchführen, natürlich unter der Kontrolle des Agrarreformministeriums auf Grund eines mit dem Gesetz im Einklang stehenden technischen und finanzlichen Planes. Die zur Durchführung der Agrarreform nötigen technischen Kräfte sind in ausreichender Zahl vorhanden, und nach Annahme des Gesetzes durch den Sejm soll der Aufteilungsplan für das Jahr 1924 schnell ausgearbeitet werden. Das Agrarreformministerium wird auch ein Finanzgesetz zur Agrarreform einbringen. Nach diesem Gesetz sollen die Preise nach Kubikmetern Roggen berechnet werden. Die Bezahlung wird auf 25 Jahre verteilt. Die Barzahlung wird 20% der Zuständigkeit betragen, während der Rest in Pfandbriefen festgesetzt wird. Die Finanzierung der Agrarreform wird nach der Meinung des Ministers den Staat nicht belasten. Der Agrarreformminister wird den Angesiedelten mit Beihilfen unter die Arme greifen. Erwogen wird ferner ein weitgreifender Grenzbesiedlungsplan.

Die Besoldung der Richter und der Staatsanwälte.

Das allgemeine Gesetz über die Besoldung der Beamten betrifft bekanntlich nicht die Richter und Staatsanwälte, deren Gehälter im Hinblick auf die besondere Bedeutung der von ihnen ausgeübten Funktionen und wegen der besonderen Arbeitsbedingungen durch ein Sondergesetz geregelt werden. Dieses Gesetz ist bereits in zweiter Lesung vom Sejmplenum angenommen worden und wird höchstwahrscheinlich ohne größere Änderungen auch in dritter Lesung angenommen werden. Von den bisher angenommenen Verbesserungen kann die Aufrückung der Richter und Staatsanwälte um eine Gehaltsstufe betont werden. Die Grundsätze für die Ausarbeitung der Gehaltstabelle sind sonst dieselben, wie im allgemeinen Gesetz über die Besoldung der Beamten. Im Vergleich zu anderen Beamtenkategorien findet sich das niedrigste Richter- und Staatsanwaltsgehalt in der 7. Gehaltsgruppe, während sich das höchste in der dritten befindet. Außerdem stehen in dem Sondergesetz dieselben Bestimmungen über den Regelungszuschlag, den Wirtschafts- und den Grenzzuschlag usw. wie in dem allgemeinen Gesetz über die Beamtengehälter. Vorgesehen ist eine Sonderzulage für Leitung und Vorsitz im Gericht in Höhe von 100—400 Punkten. Es steht z. B. dem ersten Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs, dem ersten Vorsitzenden des Obersten Verwaltungsgerichtshofs, den Vorsitzenden der Appellationsgerichte und der größeren Bezirksgerichte eine Zulage von 400 Punkten, den Vorsitzenden der Kreisgerichte eine solche von 300 Punkten, den Chefs und den ständigen Leitern von kleineren Kreisgerichten und den Unterstaatsanwälten im Obersten Gerichtshof 100 Punkte zu usw. Das Gesetz enthält eine genaue Einteilung der Beamten in einzelne Gehaltsgruppen, und zwar A, B, C und D. In den Übergangsbestimmungen wird die Art der Anrechnung bisher ausgeübten Dienstes im polnischen Staate oder unter der Fremdherrschaft anders bestimmt als in dem allgemeinen Gesetz über die Besoldung der Beamten.

Der Schutz der Erfindungen und Warenzeichen.

Im Rechtsausschuß des Senats wurde am Montag der Gesetzentwurf über den Schutz der Erfindungen und Warenzeichen erörtert. An der Mittwochsitzung sollen zwei Sachverständige, Prof. Zoll von der Jagiellonischen Universität und Dr. Skrzypecki teilnehmen.

Landwirtschaftsbeihilfen für Emigranten.

In der Montagabendsitzung des Senatsausschusses für Finanzfragen wurde im Sinne des Referats des Senators Krzyżanowski der Gesetzentwurf über Gewährung eines Staatskredits in Höhe von 20 Milliarden für Landwirtschaftsbeihilfen an Emigranten angenommen. Derauf nahm der Ausschuß nach dem Referat des Senators Kędziora den Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung der Kommunalfinanzen an.

Aus der polnischen Presse.

Nachklänge zur Rede des Finanzministers Linde.

Der „Kurjer Warszawski" schreibt zur letzten Rede des Finanzministers Linde: Jeder fremde Zeuge, ob er französischer Senator oder englischer Politiker oder amerikanischer Sachverständiger ist, konstruiert hervorragende innere Fortschritte in Polen. Herr Linde ist berechtigt zu sagen, daß wir, was die Dynamik der Wirtschaftsverhältnisse betrifft, mit vollem Vertrauen in die Zukunft schauen können. In mancher Hinsicht ist mehr getan worden, als man hätte erwarten können. Aber es bleibt noch die seit zwei Jahren brennende Finanzfrage, und wenn wir hier ungeschickt und leichtsinnig, furchtsam, demagogisch und nicht vom Staatsgedanken beseelt und nur mit halben Mitteln arbeiten werden, dann werden wir einer Katastrophe entgegengehen, die schließlich Intervention und Fürsorge von außen verursachen wird."

Schulnot.

Die polnische Schulbehörde nimmt augenblicklich mit erhöhter Energie Auflösungen deutscher Schulen vor. Ich werde die verschiedenen Auflösungsmethoden in Kürze in einem besonderen, mit speziellem Material belegten Aufsatze beleuchten. Heute erscheint es nötig, der deutschen Bevölkerung die Rechtslage unseres Schulwesens auseinanderzusetzen, um sie zu klarem Handeln zu veranlassen. Im großen und ganzen handelt es sich dabei um Dinge, die ich im Laufe des letzten Jahres in einigen Dutzend Aufsätzen in den verschiedensten Blättern besprochen habe. Die gegenwärtigen Auflösungen von Schulen und Schulverbänden werden nach wie vor auf Grund der Verfügung des Posener Teilgebietsministeriums in Verbindung mit Art. 189 des Preußischen Allgemeinen Landrechts vorgenommen. Das Schulunterhaltungsgesetz vom 17. Februar 1922 wird nicht herangezogen. Es ist, wie mir ein Posener Regierungsrat persönlich sagte, im preußischen Teilgebiet noch nicht verbindlich. Es sind zu unterscheiden **Aufhebungen von Schulen** (Unterrichtsbetrieben) und **Auflösungen von Schulverbänden** (Sozietäten).

Die Aufhebung von Schulen (Unterrichtsbetrieben) erfolgt auf Grund der Verfügung des Posener Teilgebietsministeriums vom 10. März 1920. In dieser Verfügung heißt es im Abschnitt 4: „Sobald sich in einer Gemeinde wenigstens 40 deutsche schulpflichtige Kinder vorfinden, deren Eltern dort ansässig sind und als polnische Staatsbürger gelten, wird in diesem Falle eine deutsche Schule eingerichtet oder eine Klasse mit deutscher Unterrichtssprache. Diese Verfügung tritt außer Kraft, wenn die deutschen Kinder an Zahl abnehmen werden." Hier ist ganz klar und deutlich von der Einrichtung deutscher Schulen gesprochen. Eine Einrichtung ist nun doch zweifellos die Herstellung von etwas Neuem. Die alten Schulen, die schon von vornherein nur von deutschen Kindern besucht wurden, werden also von dieser Verfügung überhaupt nicht berührt. Man kann also die Verfügung gar nicht als Unterlage für die Auflösung der alten, von deutschen Kindern besuchten Unterrichtsbetriebe heranziehen. Angewandt kann die Verfügung nur werden, wo es sich um Neueinrichtungen deutscher Schulen handelt. Als Neueinrichtung hatte die Verfügung solche im Auge, die sich aus der Umgestaltung von preußischen Simultanschulen, das heißt solcher Unterrichtsbetriebe, die von deutschen und polnischen Kindern gemeinsam besucht wurden, ergaben. Das besagt der Absatz II der Verfügung, der lautet: „Die Grundidee der Obrigkeit ist: Versicherung der polnischen Lehre (Sprache) für die polnischen Kinder, der deutschen Lehre für die deutschen Kinder. Die bisherige Einteilung nach der Konfession soll beibehalten werden; die Simultanschulen sollen möglichst nach Religion **und Nationalität** getrennt werden." Wichtig ist hiervon noch ganz besonders, daß die „Beibehaltung der bisherigen Einteilung nach der Konfession" ausdrücklich hervorgehoben ist, was nichts anderes besagt, als daß die bestehenden evangelisch-deutschen Unterrichtsbetriebe — wie ich eben ausführte — durch die Zahl 40 nicht berührt werden.

Ein Unterrichtsbetrieb, der zur Zeit des Erscheinens der Verfügung des Posener Teilgebietsministeriums auf konfessioneller Grundlage bestand, bzw. von deutschen Kindern besucht wurde, kann also durch Anwendung dieser Verfügung nicht aufgelöst werden. Alle die zahlreichen Auflösungen von Unterrichtsbetrieben auf Grund der 40-Kinder-Verfügung sind also rechtlich unhaltbar. **Es besteht für die Schulbehörde keine stichhaltige rechtliche Handhabe, deutsche Schulen, die weniger als 40 Kinder haben, aufzulösen.** Es gibt für die Klassenfrequenz der einklassigen Schulen kein Maß nach unten hin, ebensowenig wie es zu preußischer Zeit eins gab. Die übliche Tendenz nach dieser Richtung hin kann darum nach wie vor nur sein: **Eine deutsche Schule ist so lange zu halten, bis sie aus Mangel an Beteiligung selbst eingeht.**

Noch viel weniger besteht aber eine stichhaltige rechtliche Handhabe, die deutschen Schulbetriebe, die über 40 Kinder haben, durch Teilungen und Abzweigungen so zu verkleinern, daß man die 40-Kinder-Verfügung anwenden kann, falsch anwenden allerdings, wie wir gesehen haben. Wenn aus einem deutschen Unterrichtsbetriebe ein Teil der Kinder der polnischen Schule oder der nächsten deutschen Schule zugeteilt wird, oder beides zugleich, so ist keineswegs ersichtlich, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen das geschehen kann; so viel nur ist klar, daß bei dieser Umordnung der gesetzlich vorgeschriebene Schulweg von 3 Kilometern sehr häufig nicht respektiert wird. Eine etwaige Zustimmung der betroffenen Eltern zu solcher Umordnung ist für die grundsätzlichen Rechtsverhältnisse unwesentlich. Im Einzelfalle ist jedoch dadurch die Verteidigung der deutschen Belange erschwert. Die Aufhebung der Schulbetriebe ist noch nicht gleichbedeutend mit der Auflösung der Schulgemeinden, Schulsozietäten. Desgleichen ist die Zuteilung irgend welcher Kinder von irgend einer Schule (Unterrichtsbetrieb) noch nicht gleichbedeutend mit der Heraushebung der betreffenden Eltern aus dem alten Schulverbande und ihre Zuteilung zu einem neuen.

Die Auflösung eines Schulverbandes (Schulsozietät) erfolgt durch einen besonderen Akt. Diesen Akt begründet die Behörde meistens folgendermaßen: „Kraft Artikel 4 der Verordnung des Ministeriums des preußischen Teilgebiets vom 10. März 1920 (Dziennik Urzędowy Ministerstwa b. Dzielnicy Pruskiej Nr. 372) in Verbindung mit dem § 189 II. 6 des Preußischen Allgemeinen Landrechts wird mit dem so- und sovielten Datum die evangelische Schulgemeinde so und so aufgehoben."

Hier geschieht etwas ganz Eigenartiges:

Eine Verfügung (10. März 1920), die sich auf Unterrichtsbetriebe bezieht, wird in bezug auf etwas ganz anderes benutzt, nämlich auf die Schulverbände. Die behördlichen Schlußfolgerungen sind folgende: Wenn ein Unterrichtsbetrieb keine 40 Kinder hat, so erfüllt der Schulverband (Schulgemeinde, Schulsozietät, was alles dasselbe ist) nicht mehr seinen Zweck als Korporation und kann deshalb nach Art. 189 des Preußischen Allgemeinen Landrechts aufgelöst werden. Der Artikel 189 des Allgemeinen Landrechts besagt nun aber folgendes:

„Wenn der im Grundvertrage vorgeschriebene Zweck einer Korporation oder Gemeinde fernerhin nicht erreicht wird oder gänzlich hinwegfällt, so ist der Staat berechtigt, ihn aufzulösen."

Nun ist ganz klar, daß der grundvertragliche Zweck einer Schulgemeinde (Sozietät) der ist, das Schulgebäude zu unterhalten, Utensilien usw. sicherzustellen und zur Lehrerbesoldung beizutragen, soweit sie nicht dem Staate gesetzlich obliegt. Mit der Zahl der jeweilig vorhandenen Schulkinder hat der Zweck einer bestehenden alten Schulgemeinden überhaupt nichts zu tun. Und wenn schon die Zahl 40, wie oben ausgeführt, für das Bestehen oder Nichtbestehen der alten Unterrichtsbetriebe keine rechtliche Bedeutung hat, so erst recht nicht für den Bestand der betreffenden Schulgemeinden, die ein ganz anderes Objekt sind. Das Posener Kuratorium hat auf die Beschwerde einer aufgelösten Schulgemeinde wörtlich folgendes geantwortet: „Der Staat verwendet für die Verwaltung der Schulen große Summen, muß also auch darauf achten, wie diese Summen verausgabt werden. Deshalb gibt der § 189 II 6 dem Staate die Möglichkeit, in dem im § 177 II 6 vorgesehenen Falle und besonders dann, wenn die betreffende Schulgemeinde ihre Aufgaben im Sinne der staatlichen Absichten nicht erfüllen kann, Schulgemeinden aufzulösen. Der Minister des ehemals preußischen Teilgebiets hat in Art. 4 der Verordnung vom 10. März 1920 bestimmt, daß nur Schulen, die mindestens 40 Schulkinder haben, ihre Aufgaben im Sinne der Staatsabsichten erfüllen können. Deshalb hat auch der Staat das Recht, Schulgemeinden aufzulösen, die nicht mindestens 40 Schulkinder haben, denn solche Gemeinden können ihr Ziel im Sinne des § 189 II 6 des Allg. Landrechts nicht erreichen."

Diese Deduktion ist zunächst als nicht rechtsverbindlich anzusehen. Es bleibt abzuwarten, welches Urteil in anhängig gemachten Verwaltungsstreitverfahren herausspringen wird. Solche Verwaltungsstreitverfahren werden eine Klärung der Sache oder, besser gesagt, eine gerichtliche Bestätigung der an sich klaren Angelegenheit bringen müssen.

Wenn somit die Verfügung vom 10. März 1920 und der Art. 189 des Allg. Landrechts als Grundlage für Schulverbandsauflösungen fallen, so fällt auch die Anwendung des Art. 192 des Allg. Landrechts, wonach das Eigentum einer aufgelösten Korporation dem Staate zur weiteren Verwendung zufällt.

Das Eigentumsrecht an der Schule und an dem Schulgrundstück muß noch einer besonderen Beleuchtung unterzogen werden. Im ehemals preußischen Teilgebiet gehören die Schulen und Schulgrundstücke entweder den politischen Gemeinden (Kommunalschulen) oder den Schulverbänden (Sozietätsschulen). Ich habe schon darauf hingewiesen, daß die Verfügung des Posener Teilministeriums danach strebt, die Kommunalschulen zugunsten der Sozietätsschulen abzubauen. In der Praxis wird nun aber neuerdings gegen das Bestehen der Sozietätsschulen gearbeitet, soweit es sich um deutsche handelt. Die Schulhäuser und Grundstücke, die evangelisch-deutschen Schulsozietäten gehören, werden mit Hilfe der vorhin bezeichneten fälschlichen Rechtskonstruktion dem Staate übereignet, der sie nun entweder durch eine dazu eingesetzte Kommission verwalten und leerstehen läßt oder der polnisch-katholischen Schulsozietät oder der politischen Gemeinde zur Verwendung übergibt. Dadurch wird so gehandelt, als ob das faktisch und grundbuchamtlich feststehende Eigentumsrecht der deutschen evangelischen Schulgemeinden gar nicht existierte. Zu bemerken ist hierbei noch, daß der Staat daraus, daß er seinerzeit zum Bau der Schule usw. Zuwendungen gegeben hat, keinen Rechtstitel an der Schule und dem Schulgrundstück herleiten kann. Irgend ein Miteigentumsrecht des Staates oder einer anderen Körperschaft an einer Schule, die der Schulsozietät gehört, besteht nur dann, wenn dieses im Grundvertrage ausdrücklich festgelegt ist. Solche Festlegungen bestehen nur in wenigen Fällen, aber in kaum einem Falle zugunsten des Staates.

Das Eigentum kann der Schulsozietät darum nicht einfach genommen werden, sondern die Schulsozietät kann es freiwillig abgeben, veräußern oder verpachten. In jedem Falle aber ist eine vertragliche Feststellung zwischen der gebenden und nehmenden Partei nötig. Ob die nehmende Partei der Staat, die politische Gemeinde oder die polnisch-katholische Schulsozietät ist, ist völlig gleichgültig. Ein Grundbuchrichter kann und darf die Überschreibung eines Schulgrundstücks und -gebäudes auf einen neuen Eigentümer nur dann vornehmen, wenn ein gültiger, von beiden Parteien unterschriebener Vertrag vorliegt. Irgend ein „Protokoll", das in den bekannten Elternversammlungen unter Vorsitz des Kreisschulinspektors zustande kommt und von den nehmenden polnischen Hausvätern einseitig unterschrieben ist, ist keine gültige Grundlage für eine grundbuchrichterliche Handlung. Das Gleiche gilt von den schulbehördlichen Übereignungen, wie sie in der vorhin gekennzeichneten Weise auf Grund der 40-Kinder-Verfügung und der Art. 189 und 192 des Allgem. Landrechts vorgesehen werden.

Zum Schluß mag zur Beleuchtung der Lage noch folgende Betrachtung dienen: Das Schulgrundstück und das Schulhaus gehören der evangelischen Schulsozietät. Für das Eigentumsverhältnis als solches ist es vollkommen gleichgültig, ob im Laufe der Zeit im Gebiet der Schulsozietät polnische Hausväter ansässig werden. Für diese ergibt sich die Notwendigkeit, für ihre Kinder eine Gelegenheit zur Beschulung zu suchen. Es kommt für sie in Frage: Einschulung in eine bestehende polnische Schule, Einrichtung einer neuen Schule oder Pachtung oder eigentümliche Erwerbung einer alten Schule von einer evangelischen Schulsozietät. Die eigentümliche Erwerbung kann nur auf rechtlicher vertraglicher Grundlage mit Vermögensauseinandersetzung und ausdrücklicher Zustimmung der gebenden Partei erfolgen. Bemerkt sei noch, daß selbst dann, wenn für die Auflösungen der Schulgemeinden das Gesetz vom 17. Juli 1922 angewandt würde, zwischen der nehmenden politischen Gemeinde und der etwa aufzulösenden Sozietät eine vermögensrechtliche Auseinandersetzung stattfinden müßte.

Jeder andere Weg ist unzulässig und dürfte, wo er angewandt wird, im Verwaltungsstreitverfahren geklärt werden.

Paul Dobbermann, Bydgoszcz, ul. 20. stycznia 37.

England will die Finanzkontrolle über Deutschland übernehmen.

Wie in Londoner unterrichteten Kreisen versichert wird, dürfte die englische Regierung eine gesonderte Aktion beschließen und der deutschen Regierung einen **finanziellen Kontrollplan nach ägyptischem Muster** vorlegen. Man glaubt, Deutschland würde eine solche Maßnahme begrüßen. Die **englische Kontrollbehörde** soll die Vollmacht erhalten, die deutschen Finanzen zu reorganisieren, eine Anleihe für Deutschland aufzulegen, Hypotheken auf den deutschen Besitz zu legen und Frankreich aus den eingehenden Summen zu bezahlen, bis diese Hypotheken abgelöst werden können.

Englische Antwort an Frankreich und Belgien.

Wie halbamtlich verlautet, wird die englische Regierung wahrscheinlich in der nächsten Woche an die französische und belgische Regierung eine Antwort auf ihre letzten Noten senden. Die Veröffentlichung des letzten Schriftwechsels mit den Alliierten einschließlich des englischen Antwortentwurfes für Deutschland und der ihn begleitenden Mantelnote wird erwartet. Obwohl in der Regierungserklärung der Inhalt dieser Dokumente bereits angedeutet worden ist, sieht man ihrer Veröffentlichung mit unvermindertem Interesse entgegen. Einige Blätter sind der Auffassung, daß auf keinen Fall Aussicht auf eine unmittelbare Sonderaktion Englands Deutschland gegenüber vorhanden ist, solange nicht diese Dokumente veröffentlicht seien.

Macdonald lehnt einen Ministerposten ab.

Die „Daily Mail" meldet, daß Macdonald es abgelehnt hat, in dem Kabinett Baldwin den Posten eines Reichsschatzministers zu übernehmen.

Aus dem Text der französischen Note,

die am 30. Juli der englischen Regierung übergeben wurde, sind noch folgende Einzelheiten von Interesse. Frankreich erklärt, es werde das Pfand, das es in den Händen habe, nur stückweise aufgeben. Wenn der passive Widerstand aufhöre, so sollen diejenigen Abänderungen in der Besetzung stattfinden, die mit der Sicherheit der Truppen, der Ingenieure und des Pfandes selbst vereinbar sind. Wenn Frankreich anders vorgehen würde, so würde es die öffentlichen Erklärungen verleugnen, die es zusammen mit Belgien von Brüssel aus ergehen ließ. „Wir haben," so heißt es weiter in der Note, „ein zu großes Vertrauen zu der britischen Regierung, um anzunehmen, daß sie jemals versuchen würde, von uns einen derartigen Widerruf zu verlangen, der einer Demütigung gleichkäme und zu einer Ausbreitung des Revanchegeistes in Deutschland führen würde."

Die Ruhrbesetzung als Zwangsmaßnahme.

Es handelt sich im Ruhrgebiet keineswegs darum, dort die sofortige und vollständige Reparationszahlung zu suchen. Wir wußten sehr wohl, daß die Besetzung des Ruhrgebietes durch die Alliierten an sich nicht die notwendigen Summen ergeben würde, selbst wenn die deutsche Regierung sich gemäß dem Friedensvertrag verhalten (Poincaré sucht also noch immer die Welt zu täuschen, indem er behauptet, daß die Ruhrbesetzung im Sinne des Friedensvertrages sei. D. Schriftl.) und uns die Kohle und die Steuern einziehen lassen würde. Was wir wollten, war vor allem besonders, durch die Pfandnahme in Deutschland den Willen zur Zahlung zu schaffen, d. h. wir wollten den wirtschaftlichen und politischen Organisationen des Deutschen Reiches eine solche Verlegenheit bereiten, daß sie die Ausführung des Vertrages schließlich den Behinderungen vorziehen würden. Alle Auskünfte, heißt es ferner, die Frankreich besäße, beweisen übrigens, daß,

wenn Deutschland nicht auf die Uneinigkeit der Alliierten spekuliert hätte, es rasch nachgegeben haben würde.

Über die Sachverständigen-Konferenz

wird in der Note bemerkt, daß die französische Regierung gegen die Heranziehung eines amerikanischen Sachverständigen nichts einzuwenden habe, doch dürfe die Sachverständigen-Konferenz nicht an Stelle der Reparationskommission treten. Die französische Regierung erinnert daran, daß es bereits eine von der englischen Regierung verlangte und ihrer Auffassung entsprechend organisierte Sachverständigen-Konferenz gegeben habe, nämlich die **Brüsseler Konferenz vom Dezember 1920.** Sie hörte in aller Freiheit die Deutschen an, verfaßte ihre Berichte und Konklusionen und legte sie dem Obersten Rat im Jahre 1921 vor. **Lloyd George lehnte diese Konklusionen ab und erklärte, daß er sie nicht berücksichtigen werde.** Das vorgeschlagene Verfahren sei also weit davon entfernt, zuverlässig zu erscheinen.

In Paris

wird als sicher angenommen, daß England die Absicht einer Sonderaktion in Berlin wenigstens vorläufig aufgegeben habe. Poincaré hat am Sonnabend die Hauptstadt verlassen, um sich mehrere Tage auf seinem Landgut zu erholen.

Die Londoner Französlinge,

die sogenannten Diehards, d. h. die Hochkonservativen und die Rothermer-Blätter („Daily Mail", „Evening News") wenden sich gegen Baldwin und behaupten, daß er Frankreich gegenüber viel zu weit gegangen sei. Die „Evening News" steigert ihre Angriffe gegen Baldwin bis zu der Drohung, daß er nicht mehr lange im Amte bleiben werde, wenn er seine Haltung nicht ändere. Auch die Liberalen und Sozialisten sind mit der Regierungserklärung nicht ganz zufrieden. Niemand wisse, was eigentlich geschehen werde, und man sei nicht einmal überzeugt, ob die Regierung überhaupt eine Politik habe. Man erkennt allerdings an, daß Baldwin sich in einer außerordentlich schwierigen Lage befand und auch noch befindet, **da einige Kabinettsmitglieder sogar mit ihrem Austritt aus der Regierung gedroht haben, falls ein Bruch mit Frankreich erfolge.**

England baut 6 neue Riesen-Luftschiffe.

Der Premierminister wird im Unterhause die Mitteilung machen, daß die englische Regierung den Entschluß gefaßt habe, betreffend den Bau von 6 Riesenluftschiffen. Der Urheber der Konstruktions- und Baupläne sei ein Marineoffizier, der Kommandant Burney. Das erste dieser Luftschiffe wird in Bedfort gebaut werden. Es soll imstande sein, mehr als 200 Personen und 11 Tonnen Gepäck oder Postsäcke an Bord zu nehmen und 132 Kilometer in der Stunde zu durchfliegen. Burney erklärte: „Wenn die Passagiere mit diesem Luftschiffe bewiesen sehen werden, daß man für Strecken, die man jetzt 15 Tage fährt, nur 5 Tage brauchen wird, werden wir weitere Luftschiffe konstruieren, um zuerst einmal, dann zweimal wöchentlich einen Fernluftverkehr zu organisieren. Die Schiffe meines Typs sollen imstande sein, Fahrten bis zu 38000 Kilometer durchzuführen und 25 Tage in der Luft zu bleiben."

Das Begräbnis Hardings.

Die Leiche des Präsidenten Harding wurde am Montag von San Francisco nach Washington übergeführt, wo sie im Weißen Hause bis Mittwoch vormittag aufgebahrt bleibt, um dann ins Kapitol gebracht zu werden. Am Montag vom Morgengrauen bis zum Abend werden auf dem ganzen Staatsgebiet der Union alle halben Stunden Trauer-Salven abgefeuert. In den Kirchen aller Bekenntnisse fanden Trauergottesdienste statt. Bei der Beisetzungsfeierlichkeit im Kapitol sollen 4 Kränze auf dem Sarg niedergelegt werden und zwar von der Witwe, vom Präsidenten Coolidge, vom Höchsten Staatsgerichtshof und vom Kongreß. Die Kränze ausländischer Staaten sollen besonders gelegt werden. Der frühere Präsident Wilson wollte am Begräbnis teilnehmen, unterließ es aber auf Anraten des Arztes.

Trauergottesdienst in Riga.

In der Rigaer Domkirche fand am Montag ein Trauergottesdienst für Präsident Harding statt, bei dem der Präsident der lettischen Republik, die Mitglieder der Regierung sowie das diplomatische Korps anwesend waren.

Deutsche Beileidskundgebungen.

In Berlin hatten am 8. August die Gebäude der amerikanischen Botschaft, des Konsulats, der amerikanischen Handelskammer und anderer Institute die Flagge halbmast gesetzt. In amerikanischen Kreisen ist man durch die Nachricht von dem Tode des Präsidenten überrascht gewesen, zumal man die Krisis als überwunden ansah. Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. v. Rosenberg, hat dem amerikanischen Botschafter bzw. dem Geschäftsträger einen offiziellen Kondolenzbesuch abgestattet. Das Auswärtige Amt flaggte einen Tag halbmast. Am Tage der Beisetzung wird in Berlin eine Trauerfeier der amerikanischen Kolonie veranstaltet werden, der der amerikanische Botschafter und das gesamte diplomatische Korps beiwohnen werden.

Der neue amerikanische Präsident.

Calvin Coolridge soll ein sehr einfacher Mann sein. Er lebt noch heute in einem Holzhause, das ihn 30 Dollar Miete kostet. Seiner Einfachheit und Aufrichtigkeit wegen wurde er manchmal mit Abraham Lincoln verglichen. Er ist von ebenso großer Abneigung gegen den Bolschewismus wie auch gegen den „Despotismus des alten preußischen Militärregimes" erfüllt. Als Senator soll sich Coolridge besonders in die auswärtigen Angelegenheiten eingearbeitet haben.

Nach einer „Exchange"-Meldung aus Neuyork hat Coolridge den Präsidenteneid im Wohnzimmer seines Hauses in Plymouth (Staat Vermont) beim Schein einer Petroleumlampe geleistet. Sein Vater, der Notar ist, nahm den Eid auf der Familienbibel ab. Der neue Präsident erklärte, daß es seine Absicht sei, die Politik fortzusetzen, die Harding begonnen habe. Die Journalisten, die Coolridge aufsuchten, gewannen aus seinen Worten den Eindruck, daß weder die innere noch die äußere Politik der Vereinigten Staaten eine bedeutsame Änderung erfahren werde. Es hat den Anschein, als wenn die Führung der auswärtigen Angelegenheiten dem Gutdünken des Staatssekretärs Hughes überlassen werde.

Die Ruhrbevölkerung hält am passiven Widerstand fest.

Aus dem Ruhrgebiet erfährt W. T. B. von gutunterrichteter Seite:

Der Inhalt der englischen Regierungserklärungen ist im Ruhrrevier am Donnerstag abend bekannt geworden und bildete den Gegenstand eingehender Erörterungen führender Persönlichkeiten des Einbruchsgebietes. Von besonderer Bedeutung für das Einbruchsgebiet sind die englischen Ausführungen zur Frage des passiven Widerstandes. Ohne Kenntnis des englischen Notenentwurfes und der Begleitdokumente vermag man im Ruhrgebiet nicht zu übersehen, ob ausreichende Garantien für die „Rückkehr zu normalen Verhältnissen" in dieser geplant gewesenen Note gegeben werden sollten und was überhaupt unter diesem Passus zu verstehen war. Um jedoch von vornherein keinerlei Zweifel aufkommen zu lassen, wird von allen Seiten einmütig betont, daß nach deutscher Auffassung eine „Rückkehr zu normalen Verhältnissen" die **Zurückziehung der Besetzung, Auflösung der Eisenbahnregie, Freilassung der Gefangenen und Rückkehr der Ausgewiesenen** bedingen würde. In dieser Hinsicht kann es jetzt und in Zukunft für die Bevölkerung des Ruhrgebiets nur klare Verhältnisse geben. Für jeden anderen Fall würde die Zurücknahme gewisser Verordnungen der Reichsregierung **kein Aufhören des passiven Widerstandes** bedeuten. Dieser aus der Bevölkerung gewachsene Widerstand kann nur mit Zustimmung der gesamten Bevölkerung beendet werden. Eine Zurücknahme einiger Verordnungen ohne sichere Gewähr für einen wirklichen Friedenszustand würde nur dahin führen, daß den besonnenen Führern des Abwehrkampfes unter Umständen von unverantwortlichen Elementen die Führung aus der Hand gerissen würde, und daß friedliche und verständigungsbereite Volksteile zu **Verzweiflungsakten** getrieben würden. Solche Gefahren liegen gerade für den jetzigen Zeitraum nahe, weil die Franzosen das System der unerhörtesten Willkür noch zu verstärken bemüht sind und infolgedessen die Erbitterung der Bevölkerung in gleicher Weise gestiegen ist. Im übrigen sind die Sätze der englischen Regierungserklärung, die die Folgen des Ruhreinmarsches zeigen, im Ruhrgebiet wohlverstanden worden. Man ist sich im Einbruchsgebiet auch klar darüber, daß noch neue Wochen der Abwehr nötig sind, und daß neue Opfer, so schmerzlich sie auch sein mögen, gebracht werden müssen. Die Steigerung der Schwierigkeiten wird ebenfalls keinen Augenblick verkannt. Auf jeden Fall aber wird, wie übereinstimmend versichert wird, **die Ruhrbevölkerung in der Abwehr den französischen Plänen unbeugsamen Widerstand entgegensetzen.**

Ein blutiger Zwischenfall in Düsseldorf.

Am Sonntag, dem 5. August, abends 7 Uhr sind in Düsseldorf während der französischen Wachtparade durch Explosion von Handgranaten vier französische Soldaten und drei Zivilisten verletzt worden. Die Besatzungsbehörden haben den Chef der Kommunalpolizei in Düsseldorf und einen deutschen Zivilisten verhaftet. Außerdem wurde über Düsseldorf der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Weitere Sanktionsmaßnahmen sollen bevorstehen.

Über den Bombenanschlag in Düsseldorf werden jetzt folgende Einzelheiten gemeldet: Am Sonntag nachmittag zog eine französische Truppenabteilung mit klingendem Spiel durch die Königsallee. An der Spitze befanden sich deutsche Zivilisten, die augenscheinlich der Separatistenpartei angehörten, da andere Deutsche sich an derartigen militärischen Schauspielen nicht beteiligen.

Ein Maschinenführer, namens Rabe, schleuderte Sprengbomben gegen die Zivilisten. Sie zerplatzten und verletzten vier französische Soldaten und drei Zivilisten erheblich. Der Täter wurde von den Franzosen festgenommen, die behaupten, er habe eingestanden, dem deutschen Jungbund anzugehören. Von seiten der Leitung dieses Bundes wird aber aufs entschiedenste bestritten, daß Rabe jemals dem Bund angehört habe. Außer den bereits gemeldeten Sanktionen haben die Franzosen auch den deutschen Regierungsrat Springorum, den Referenten der deutschen Regierung in Düsseldorf, festgenommen, sowie die Schließung sämtlicher Restaurants und Cafés verfügt.

Degoutte droht mit Wegnahme der Kohlengruben.

In seiner neuesten Verordnung über die Beschlagnahme von Industriewerken erklärt General Degoutte, wenn das Deutsche Reich Frankreich keine Brennstoffe liefern werde, so werde die Ingenieur-Kommission von den Gruben, den Werken, den Rohstoffen und Vorräten Besitz ergreifen und die Gruben dann selbst (Wird wohl kaum gelingen! D. Schriftl.) oder durch die Vermittelung von Konzessionierten ausbeuten. (Und wer arbeitet? D. Schriftl.)

Die Polizeigewalt in den Bergwerksbetrieben übernimmt an Stelle der deutschen Bergwerksgewalten die interalliierte Kommission. Alle, die sich den Befehlen der Kommission widersetzen, werden mit hohen Gefängnis- und Geldstrafen bedroht. (Das ist Aufhebung des Privateigentums, Militärbolschewismus in rohester Form. D. Schriftl.)

Abkommen zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten.

Nach einer Meldung der Schweizerischen Telegraphenagentur wurde ein Einvernehmen zwischen der Türkei und den Vereinigten Staaten erzielt. Zu diesem Zwecke waren eine Anzahl türkischer Bevollmächtigter in Lausanne zurückgeblieben. Das Abkommen wurde am Montag unterzeichnet.

Die Räumung von Konstantinopel.

Einer Mitteilung der „Morningpost" aus Konstantinopel zufolge sind besondere Vereinbarungen über die Räumung dieser Stadt im Gange. Die türkische Kommission, die sich aus Zivilisten und Offizieren zusammensetzt, trat gestern zusammen, um die Einzelheiten des türkischen Planes festzulegen, der dieser Tage mit dem Programm der alliierten Generale verglichen werden soll.

Die türkische Demobilisierung.

Laut einer Mitteilung aus Angora hat die türkische Regierung mit der Demobilisierung der mehr als zwanzig Jahre alten Mannschaften wieder begonnen. Die türkische Armee auf Friedensfuß soll lediglich aus zwanzig-, neunzehn- und achtzehnjährigen Mannschaften zusammengesetzt werden.

Baltenstaaten.

Englische Parlamentarier in Lettland.

Das Präsidium des lettländischen Landtages erhielt die Mitteilung, daß am 8. August Vertreter des englischen Parlaments in Riga eintreffen werden, um sich über die Verhältnisse Lettlands zu unterrichten.

Kommunistische Umsturzpläne in Finnland?

Am 3. August wurden in verschiedenen Landesteilen Finnlands auf Anordnung der Behörden mehr als hundert Kommunisten verhaftet, die in hochverräterische Umtriebe verwickelt sein sollen. Es wurde der Befehl zur Verhaftung sämtlicher auf freiem Fuß befindlichen Mitglieder der kommunistischen Reichstagsgruppe und des Zentralvorstandes der Funktionäre und Redakteure der kommunistischen Partei gegeben. Sämtliche Kommunistenblätter wurden verboten und deren Druckereien geschlossen. Die Regierung gab eine Erklärung ab, worin die Entstehung der kommunistischen Partei sowie deren Tätigkeit nach Richtschnur der russischen kommunistischen Partei und der dritten Internationale dargelegt werden. Gegen die Verhafteten wird Anklage wegen Vorbereitung zum Hochverrat erhoben.

Ein baltischer Block ohne Polen?

Die mährisch-schlesische Zeitung „Morawski Sleski Dennik" teilt aus litauischen Quellen mit, daß noch in diesem Monat in Reval eine Konferenz der Außenminister Litauens, Lettlands und Estlands stattfinden wird. Zweck dieser Konferenz soll die Annäherung dieser Staaten sein, was um so aktueller sei, als man den Plan der Bildung eines Blocks der Baltenstaaten mit Polen verworfen habe.

Sowjetrußland.

Die Sowjet-Erdkugel.

Die Moskauer „Iswestija" befassen sich mit einigen Forderungen der „innerrussischen Intellektuellen", die für ein Zusammengehen mit der Sowjetregierung eintreten. Die Formel, auf die sich die Hauptforderung dieser Theoretiker zurückführen lasse, laute kurz: „Ein russisches Amerika". Hiergegen wendet sich das Moskauer Regierungsblatt und erklärt, diese „russische Renaissance" schließe die Hoffnung auf ein neues nationales Rußland ein, die für den eben konstituierten Bund der Sozialistischen Sowjetrepubliken (SSSR) unangebracht sei. Schon die Bezeichnung „SSSR", in welcher das Wort „russisch" fehle, deute darauf hin, daß das Endziel des Sowjetstaates nicht ein territorial oder national begrenztes Gebilde sei, sondern nicht mehr und nicht weniger als ein gigantischer Sowjet-Welttrust, d. h. eine „Sowjet-Erdkugel", auf die immer noch die Bezeichnung SSSR, d. i. „Sojus (Bund) der Sozialistischen Sowjetrepubliken" zutreffe.

Moskau und Angora.

In einem Interview erklärte der türkische Botschafter in Moskau, wie die „Russ. Telegr.-Agentur" meldet, die Unterzeichnung des Meerengenabkommens durch Rußland mache einen Strich durch die Rechnung der Entente, welche die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und der Türkei zu stören versuchte.

Rußlands Handel mit dem Orient.

Bei der feierlichen Eröffnung der Nizni-Nowgoroder Messe betonte Rykow und der Vertreter der persischen Kaufmannschaft die Wichtigkeit der Messe für den russisch-orientalischen Handel.

Der Verfassungstag der Sowjetföderation.

Aus Moskau wird gemeldet: Der 6. Juli, an dem die Verfassung der Sowjetföderation beschlossen wurde, ist offiziell als Nationalfeiertag der Föderation der Sowjetrepubliken erklärt worden.

Deutsches Reich.

** **Hamburger Bürger für das Verbleiben Cunos als Reichskanzler.** Der Verband Hamburger Bürger hat an den Reichsbürgerverband eine Depesche gesandt, in der er sich gegen die Tendenzen wendet, das Kabinett Cuno zu stürzen.

** **Unruhen in Dresden.** Nachdem die Polizei in Dresden am Freitag nachmittag einen vom Aktionsausschuß der revolutionären und radikalen Erwerbslosen in der inneren Stadt veranstalteten Demonstrationszug aufgelöst hatte, kam es in den Abendstunden zu Zusammenstößen. Auf dem Postplatz wurde die Polizei von den Erwerbslosen, die mit Rollenholzknüppeln bewaffnet waren, mit einem wahren Steinhagel empfangen. Die Fensterscheiben der anliegenden Geschäfte, soweit sie nicht durch Gitter oder Holzjalousien geschützt waren, gingen dabei in Trümmer. Die Polizei machte von der blanken Waffe Gebrauch und räumte den Platz. Vielfach wurde festgestellt, daß die Holzknüppel der Demonstranten mit Eisenbeschlägen versehen waren. Ein Pferd eines berittenen Polizisten brach unter dem Steinhagel und den Schlägen der bewaffneten Banden zusammen. Zwei Beamte sind schwer verletzt. Acht Demonstranten sind festgenommen. Es steht außer Zweifel, daß die neuerlichen Unruhen wiederum auf das Konto des erst seit einigen Tagen aus der Haft entlassenen kommunistischen „Erwerbslosenführers" Bellmann zu setzen sind.

** **Der Parteivorstand der Deutschen Volkspartei ist vom Abg. Stresemann** auf Donnerstag einberufen worden.

** **Keine Auslieferung des Harden-Attentäters.** Zu der in Wien erfolgten Verhaftung des Harden-Attentäters, Oberleutnant a. D. Ankermann, wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Die deutsche Regierung hatte alsbald nach dem Eintreffen der Nachrichten von der erfolgten Verhaftung den Antrag auf Auslieferung Ankermanns gestellt, der bereits seit längerer Zeit die zuständigen Stellen der österreichischen Bundesregierung beschäftigt. Während von den deutschen Behörden die Auffassung vertreten wird, daß es sich bei dem Attentat auf Maximilian Harden um ein gemeines Verbrechen handelt und deshalb der Auslieferung Ankermanns nichts im Wege stehen könnte, scheint man in österreichischen Regierungskreisen auf dem gegenteiligen Standpunkt zu stehen, wonach das Attentat lediglich als politisches Verbrechen zu bewerten sei. Es ist daher sehr fraglich, ob Deutschösterreich dem Auslieferungsbegehren der deutschen Regierung stattgeben wird.

** **Das markenfreie Brot in Berlin** kostet von heute an 82000 Mark für ein Gewicht von 1900 Gramm.

** **Ein Liter Milch in Berlin 21 000 Mark.** In Berlin wurde der Milchpreis vom 6. August ab auf 21 000 M. für den Liter erhöht.

** **Fleischvergiftung.** Im Hameln erkrankten ungefähr 100 Personen an Vergiftungserscheinungen. Man nimmt an, daß die Vergiftungen durch Genuß von gehacktem Pferdefleisch hervorgerufen wurden. Man sieht, in welchem schlechten Zustande die Volksernährung in Deutschland sich befindet.

Aus aller Welt.

Chile und Deutschland.

Chile, das während des ganzen Krieges und auch seit 1918 sehr deutschfreundliche Gefühle bekundet hat, hat die französische Regierung um die Erlaubnis ersucht, aus dem Ruhrgebiet eine große Menge Waren auszuführen, die es von Deutschland gekauft hat. Eine diesbezügliche Note ist von der Regierung von Santiago in Paris eingetroffen.

Blutige Zusammenstöße in Ungarn. Die Aufregung in Ofenpest wächst von Stunde zu Stunde. Die Regierung muß alle öffentlichen Gebäude mit Militär besetzen. Die „Erwachenden Ungarn" und die ihnen angeschlossenen Vereine boten ihre Massen, vor allem die Studenten auf. An mehreren Stellen ist es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei und der Studentenschaft gekommen.

Neues vom Tage.

§ **Zum Einbruch im Kaiser-Wilhelm-Palais.** Die Einbrüche in das Kaiser-Wilhelm-Palais sind aufgeklärt worden. Der Täter wurde verhaftet und ist geständig. Ein dritter Einbruchsplan wurde durchkreuzt. Die Spuren führten auf den 20 Jahre alten in Berlin gebürtigen Gelegenheitsarbeiter Paul Westhuse. Gestern gelang es, ihn in der Schankwirtschaft von Körner in der Mulackstraße festzunehmen. Überführt wurde er durch eine von dem Aschenbecher abgebrochene Krone, die man bei der Durchsuchung seiner Kleidungsstücke fand. Wie er sagt, ließ er sich zu dem ersten Einbruch nach der Besichtigung des Palais in den Räumen einschließen, das zweite Mal drang er von außen her ein, indem er eine Fensterscheibe eindrückte. Die Beute aus den beiden Einbrüchen fanden die Beamten in der Privatwohnung des Schankwirts Körner zum großen Teil wieder. Westhuse gibt zu, daß er vergangene Nacht einen dritten Einbruch in das Palais geplant habe, er hatte es noch auf zwei Uhren, Geschenke des Zaren an Kaiser Wilhelm I., abgesehen und zu dem neuen Streich bereits einen Helfershelfer gefunden. Auch dieser wurde ermittelt und festgenommen.

§ **Erdbeben in Spanien.** Madrider Blätter melden aus Huesca: Infolge eines Erdbebens wurden hier viele Häuser zerstört.

Danksagung.

Beim Heimgang unseres geliebten ältesten Sohnes **Carlheinz** wurden uns Beweise innigster Anteilnahme in so reichem Maße zuteil, daß wir uns außerstande sehen, allen persönlich unsern Dank auszusprechen. Wir bitten daher auf diesem Wege unseres **herzlichsten Dankes** versichert zu sein.

Familie Boethelt.

Dom. Ujska Nowawieś, 4. August 1923.

Zurückgekehrt!
Dr. Georg Cohn.

Ich habe mich als

Rechtsanwalt

in **Bydgoszcz**

niedergelassen.

8399] **Spitzer.**

Wir haben uns zu gemeinsamer Ausübung der Anwaltstätigkeit verbunden. Das Büro befindet sich **Bydgoszcz, ul. Niedźwiedzia 4** (am Alten Markt).

Dr. jur. Kopp, Rechtsanwalt. **Spitzer,** Rechtsanwalt.

Herbstmesse in Breslau



2.—5. September 1923.

Warengruppen: [4112

Webwaren, Bekleidung, Lederwaren, Schuhe, Schmuck, Bijouterie- und Galanteriewaren, Möbel, Haushaltsartikel, Spiel- und Sportartikel, Papierwaren, Parfümerien, Seifen.

Ausstellerverzeichnis von Mitte August an gegen Voreinsendung von 3000 Mark.

Alle Auskünfte durch: ***Rudolf Mosse, Posen*** *oder* ***Messeamt, Breslau.***

Schafwolle, schmutzige und gewaschene **kaufe oder tausche auf Strickwolle oder fertige Waren.**

Zahle die höchsten Preise! Bitte sich zu überzeugen.

Teppich- u. Sweater-Strickwolle in grosser Auswahl. **Zwirne eigen. Fabrikat. allerbester Qualität.**

„TEKSTYL“, Inh. Stan. Jóźwiak, Poznań, ul. Kantaka 6 (Ecke św. Marcin).

Bitte auf meine Firma genau zu achten!

Lampenschirme und Teepuppen

werden angefertigt bei

Lewinsohn b. Ulrich, Poznań, ul. Dąbrowskiego 36 I. r.

Ausschneiden! **Ausschneiden!**

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte) für den Monat **August 1923**

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Ankäufe u. Verkäufe

Suche für zahlungsfähige Käufer [8473

Landwirtschaften und Güter

bis zu **3000 Morgen.**

Biuro Komisowo-Handlowe **Szymon Bździel, Szamotuły.**

Altsilber u. Gold (786

kauft zu höchsten Preisen.

M. Feist, Goldschmidt, ul. 27. Grudnia 5.

Antiquarisch zu kaufen gesucht:

Methode Toussaint-Langenscheidt Polnisch.

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A. Abt. Versandbuchhandg. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Metalle

Kupfer, Rotguß, Messing, Zink, Blei zc. kaufen ein und zahlen die höchst. Tagespreise. **J. Dziabaszewski i Ska., Maschinenfabrik.** Poznań, Przemysłowa 35.

Speisezimmer zu kaufen gesucht.

Preisofferten unt. **8461** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Badwanne u. Badeofen zu kaufen gesucht. Off. u. **8474** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ich habe sehr billig abzugeben u. auf mein. Lager zu besichtig.

2 gebr. Dampfdreschmaschinen

Fabrikat Clayton & Shuttleworths, 60 Zoll Trommelbreite.

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Achtung!

Ein Cutaway mit **Weste,** Marengo, gut erhalten, **zu verkaufen.** Gefl. Angebote unter **8459** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gut erhaltenes

Opernglas

zu verkaufen. Off. u. **8398** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Sommersprossen, Sonnenbrand, gelbe Flecke, beseitigt unter Garantie

Axela-Crème Axela-Seife

J. Gadebusch, Poznań, Nowa 7.

Ein Selterabziehapparat, komplett mit **Füll- u. Korkmaschine, ein Manometer, sowie 2 Glastüren** komplett mit Rahmen eine 1 m × 2,10 m, eine 0,72 m × 2,10 m

verkauft Otto Pflaum, Nowy Tomyśl, am Bahnhof.



Ein gut möbliertes Zimmer

an ruhigen soliden Herrn zu vermieten. Off. u. A. H. **8452** a. d. Geschst. d. Bl. erb.

Suche zu kaufen ein

Hausgrundstück,

gut erhalten, sowie eine **Villa.**

Kaufpreis zahle in bar, evtl. in fremder Valuta.

Angebote mit Angabe von Straße, Hausnummer und Preis erbeten unter Nr. **32,20** an **„Par“,** ul. Fr. Ratajczaka 8.

In einer **Residenzstadt von Mecklenburg-Strelitz** ist ein aus **Parterre u. 2 Stockwerken** bestehend. großes

Geschäfts-Eckhaus,

16 Fenster Straßenfront in der Etage, mit einer **freiwerd. 3 Zimmer-Wohnung,** nebst vielem Nebengelaß

umzugshalber zu verkaufen.

Nähere Angaben erteilt, wenn Rückporto beiliegt,

St. Śniatecki, Ostrów (Pozn.), ul Kościuszki Nr. 6.

Verkaufe gebrauchten, in sehr gutem Zustand befindlichen

kompletten 16pferdigen

Dampfpflug

System Fowler. [8469

Ernst Vogel, Rittergutsbes., Welnica bei Gniezno.

Telephon 240.

Selbstfahrer, [8472

sehr gut erhalten, gegen **Höchstgebot zu verkaufen** oder **zu vertauschen gegen eine gute Kuh.**

Desgleichen ein

Reitsattel mit Zaumzeug.

Försterei Bachorzew, per Jarocin.

Wir empfehlen zur Anschaffung und sofortigen Lieferung das Werk
A. Warschauer

Geschichte der Stadt Gnesen,

483 Seiten stark, Gr. Oktav-Format, in Antiqua-Druck, mit Facsimile und Stadtplan, **Preis pro Stück Mk. 20 000,** nach auswärts unter Einschreiben und Streifband gegen vorherige Ueberweisung des Betrages auf Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań, einschl. Portogebühren u. Verpackung in Höhe von **M. 22 000.**

Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, ul. Zwierzyniecka 6.
Abt.: Versandbuchhandlung.

Wohnungstausch. 7 Zimmerwohnung in **Berlin S.** gegen ähnliche in **Posen** abzugeben. [8481 Offerten unter **K. C. 8481** an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Arbeitsmarkt

Tüchtiger, bilanzsicherer

Bankbuchhalter

von einer Aktien-Bank für Provinzstadt per 1. Oktober, evtl. auch früher gesucht.

Angebote mit Zeugnisabschriften unter **M. B. 8465** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Suche zum 1. Oktober unverh., evang., polnisch sprechenden Beamten,

der imstande ist, meine intensive Wirtschaft nach meinen Dispositionen zu leiten. Gehalt bei freier Station exkl. Wäsche und Betten monatlich 8 Ztr. Roggen. Vorerst schriftliche Bewerbung erbeten. [8402

C. Jacobi, Trzcionka, Post Michorzewo.

Suche mögl. von sofort gebildeten, unverh., evangl. [8441

I. Beamten

mit mindestens 5jähr. Praxis für **1600 Morgen groß. Gut.** Bewerber mit Gehaltsansprüchen exkl. Bett u. Wäsche erbeten. Aufforderung zur Vorstellung abwarten.

Kunkel, Sucharaczek, p. Więcbork (Pomorze).

Spätestens zum 1. Oktober d. Js. tüchtigen, verheirateten

Brennerei-Verwalter

gesucht, welcher mit **Kartoffelflockenbetrieb und elektr. Lichtanlage** vertraut ist. [8444

Dom. Swiączyn, p. Książ.

Für jungen Mann auf dem Lande, der sich zum Bankfach vorbereitet, wird gesucht

ältere Dame oder Herr, die die engl. Sprache in Wort u. Schrift wie ihre Muttersprache beherrschen.

Referenzen und Honoraransprüche unter **Nr. 8425** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

---

225 Millionen

gegen entsprechende Sicherheit zu verleihen. Off. u. **8475** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Die gegen die Geschwister **Else** und **Waldemar Kitzmann** ausgesprochene Beleidigung ziehe ich zurück und bitte um Entschuldigung.

Heinrich Hartmann.

Für Auswanderer Tausch nach Polen!

Junge Witwe, Polin im **Rheinland,** sucht ihr **Geschäft** (rentables Spezerei- u. Lebensmittelgeschäft) für eine **Existenz** in der Stadt Posen oder in der Provinz **zu vertauschen.** — Garantie für sichere Existenz vorhanden. — Bei größeren Objekten kann Ausgleich stattfinden. Näheres zu erfragen bei [8463

Łaniecki, Trzemeszno, (Poznańskie).

Junges feinerzogenes Mädchen,

zukünft. Besitzerin einer mittl. Landwirtschaft, **sucht mit einem gebild., tüchtigen Landwirt in Briefwechsel zu treten,** um später bei gegenseitiger Zuneigung sich **zu verheiraten.**

Offerten mit Bild unt. **K. L. 8462** an d. Geschäftsstelle d. Blattes erbeten.

Unverh. Beamter

beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig, direkt unter meiner Leitung, **zum 1. Oktober d. Js. gesucht.** Monatlich 5 Zentner Roggen. [8468

Einfacher, unverheirateter Hofaufseher,

der zugleich kleinen Garten besorgt, kann sich **sofort melden.**

F. Littmann, Sulejewo b. Stare Bojanowo.

Großer ländlicher Lehrbetrieb sucht für sofort **ev., energische, tüchtige, gebildete**

Hausdame oder Hausbeamtin.

Alter 25—40 Jahre. Angebote mit beglaubigten Zeugnisabschriften, Lebenslauf, Gehaltsansprüchen, Referenzen und Lichtbild unter **F. V. 8300** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Flotte

Stenotypistin

per sofort gesucht. [8477

Emil Frühling, św. Marcin 43.

Kindergärtnerin I. Kl. gesucht.

Antritt per 1. September oder 1. Oktober, evtl. nach Vereinbarung.

Frau Fabrikbesitzer **Seiferth, Starogard.**

Für mein 250 Morg. gr. Stadtgut suche sofort einen

jungen, evgl. Mann (8446

zu meiner Unterstützung bei freier Station u. Familienanschluß. Gehalt nach Uebereinkunft. **Langner, Piaski.**

Suche zum 15. 9. oder 1. 10.

Lehrerin

für meine Töchter, 10 und 12 J. alt, für **Lyzeumsklasse.** Polnische Sprachkenntnisse erforderlich. Bedingungen und Gehaltsansprüche an [8442

Frau Ilse Dietsch, Chrustowo b. Szamotuły, Post Popowko.

Stricker(innen), Lehrmädchen sow. 1 Spulerin werden angenommen

Głogowska 94 im Strickwarengeschäft.

Stellengesuche

Suche für m. 21 jähr. Tochter, die schneidern kann, Stellung als (8478

Stütze

in deutschem Landhaushalt. Anfragen an Gärtnereibesitzer **Heinrich** in **Mosina.**

Perfekte Stenotypistin

sucht für Nachmittag Beschäftigung. Ang. u. **8479** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Akadem. gebildeter Lehrer (Latein und Französisch) **sucht per 1. Oktober d. Js. Stellung** als

Hauslehrer und Erzieher

in vornehmem Hause. Offerten mit Gehaltsangebot unter **M. 8470** an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Geborener Posener sucht seine gute

Administratorstelle in der Nähe v. **Halle-S.**

gegen eine **gleichwertige in Polen einzutauschen.**

Offerten an **Max Schensky, Stedten,** Bezirk Halle (Saale), Deutschland.

Aus Stadt und Land.

Posen, den 7. August.

Saatenstands- und Erntebericht.

In der verflossenen Woche ist fast überall mit allen Kräften daran gearbeitet worden, den Roggen herunterzumähen. Getreidemähmaschinen und auch Grasmähmaschinen mit der entsprechenden Ausstattung waren an der Arbeit, vereinzelt sah man auch einen Garbenbinder, freilich ohne Bindegarn, arbeiten. Außerdem war jeder, der eine Sense zu handhaben imstande war, davon viele Aushilfskräfte, mit Roggenmähen beschäftigt, während andere Arbeitskräfte das Binden des Roggens, das Zusammenstellen der Garben und das Zusammenbringen der Nachreche besorgten. Am Donnerstag kam nun auch das von vielen Landwirten sehnlichst herbeigewünschte bessere Wetter, und seitdem sind alle Gespanne und menschlichen Arbeitskräfte, die nicht noch zum Mähen unbedingt erforderlich sind, eifrig dabei, den Erntesegen in Scheunen und Schobern zu bergen. Gerste ist hie und da auch schon geschnitten worden, Anfang nächster Woche wird sie fast überall soweit gereift sein, daß mit ihrem Schnitt nicht mehr gewartet werden kann. Hafer und Weizen verfärben sich gleichfalls ziemlich stark. Der zweite Schnitt des Rotklees steht jetzt in voller Blüte, wo dieser zeitig genommen ist, ist bereits ein dritter Schnitt nicht unbedeutend herangewachsen. Frühkartoffeln sind vielerorts schon waggonweise verkauft worden. Etwas an Blaubeeren wird immer noch gefunden. auch wachsen jetzt schöne Pilze. Die Johannisbeeren, die einen ungewöhnlich hohen Ertrag gaben, sind jetzt vollreif und besonders geeignet zur Weinbereitung, nur wird allgemein über außerordentlichen Zuckermangel geklagt, so daß es nicht im entferntesten möglich ist, die Johannisbeeren zu verwerten. Ebenso wird es mit dem andern Obst werden, wenn nicht bald eine gründliche Änderung in der Zuckerversorgung eintritt.

„Unverwischbare Schmach“.

Jedesmal, wenn dem „Kurjer Poznański“ wieder einmal etwas so nicht gelingt, wie er es gerne sehen möchte, oder wenn „seine Leute“ keinen Posten bekommen, der sie dem „Kurjer“ gegenüber verpflichtet, wird er ganz falsch und wirft nun mit dem neuen Schlagwort von der „unverwischbaren Schmach“ um sich. So hat z. B. eine Gemeinde, und zwar die Dorfgemeinde Paczkowo, den Mut besessen, eine eigene Meinung zu haben trotz „Kurjer“ und manchem anderen. Bekanntlich fand dort bereits vor einiger Zeit eine Gemeindewahl statt, in der ein deutscher Schulze gewählt wurde. Damals wurde die Wahl vom Starosten des Kreises Posen-Ost für ungültig erklärt. Nach dieser neuen Wahl nun hat sich das Ergebnis in keiner Weise anders gestaltet. Am traurigsten ist der „Kurjer“, und er läßt alle Molltonleitern auf seinem Werbegrammophon herunterspielen, um die „unverwischbare Schmach“ den „räudigen Schafen“ in Paczkowo so recht zum Bewußtsein zu bringen. Es ist in der gestrigen Zeitung zu lesen:

„Mit unverwischbarer Schmach bedeckte sich die Dorfgemeinde Paczkowo im Kreise Posen-Ost, die zu drei Vierteln von polnischer Bevölkerung bewohnt ist, dadurch, daß sie den einstigen warmen preußischen Patrioten Jensch zum Schulzen wählte. Die Wahl fand am vergangenen Sonnabend, den 5. August, statt. Von 42 abgegebenen Stimmen, darunter 12 deutschen, erhielt Jensch 27 Stimmen, während auf die polnischen Kandidaten Bartkowiak und Czajka 10 und 5 Stimmen fielen. Die Wahl hatte ganz dasselbe Ergebnis, wie die unlängst abgehaltene erste Wahl, die vom Starosten für ungültig erklärt worden war.“

Man denke: der einstige „warme preußische“ Patriot Jensch wird mit Zweidrittel-Stimmenmehrheit gewählt. Diese „Schmach“ für die Gemeinde und für den ganzen Kreis Posen-Ost! Nun wird einmal hier in Paczkowo gezeigt, daß die „Kurjer“-Melodien nicht so recht verfangen wollen, und daß man fest genug ist, eine eigene Meinung zu haben, die ja auch immer in solchen Fragen am besten ist. Wahrscheinlich ist eben Herr Jensch nach der Meinung des Dorfes doch der geeignetere Mann, und das ist ausschlaggebend. Denn in Paczkowo weiß man, was Herr Jensch ist und ob er sich eignet. Im „Kurjer“ sieht unter dem Parteiteleskop natürlich die ganze Sache anders aus. Darum die „unverwischbare Schmach“ und die Trauerarie von den verräterischen Paczkower Bewohnern. Doch viel wird wohl an dieser ganzen Sache nicht mehr zu ändern sein. In freier Wahl gewählt; zum zweiten Male sprach die Meinung des Dorfes, beinahe einstimmig, und das muß auch dem patriotischen „Kurjer“ genügen.

Resolution der Hausbesitzer.

In der letzten Sitzung des polnischen Hausbesitzervereins wurde eine Entschließung angenommen, in der sich u. a. folgende Stellen finden:

Die Hausbesitzer in den polnischen Städten sind die einzige soziale Schicht, gegenüber der vom Beginn des Bestehens des polnischen Staates an Ausnahmegesetze in Gestalt des monströsen Mieterschutzgesetzes angewandt werden. Der Landwirt, der Arbeiter, der Kaufmann, der Handwerker und jeder andere Bürger haben die Möglichkeit, ihre Forderungen selbständig festzusetzen, nur der Hausbesitzer ist von diesem allgemeinen Recht ausgenommen. Alle sind sich darüber klar, daß für alles gezahlt werden muß, nur die Wohnungen sind fast umsonst. Das gegenwärtige Mieterschutzgesetz steht im Widerspruch zu den ausdrücklichen Bestimmungen der Verfassung und hat als solches seine Gültigkeit verloren, da es bis zum 17. März 1922 dem gesetzgebenden Sejm zur Vereinbarung mit der Verfassung nicht vorgelegt wurde. Trotz der angeführten Umstände verlegt der Sejm die Erledigung der brennenden Mieterfrage fortwährend, und immer häufiger werden Stimmen laut, daß der Sejm die Frage überhaupt nicht erledigen wird, weil zahlreiche Sejmkreise, obwohl sie die ganze Monstrualität des heutigen Gesetzes einsehen, ihre Popularität in den Mieterkreisen nicht einbüßen wollen, während andererseits dem Sejm der Mut dazu fehlt, das Ding beim Namen zu nennen und alle Häuser ohne Entschädigung legal zu enteignen. Diesen Feststellungen schließen sich folgende Forderungen an:

1. Wir verlangen, daß der gesetzgebende Sejm das gegenwärtige Mieterschutzgesetz, das nicht nur zahlreichen Handwerker- und Arbeiterkreisen Verdienstmöglichkeiten nimmt, sondern auch, im Widerspruch zu der Verfassung und den Kardinalgrundsätzen des zivilen Rechts, die Hausbesitzer schädigt, die polnischen Städte ruiniert und dahin strebt, den polnischen Besitzstand zugunsten der nationalen Minderheiten (Ausgerechnet! D. Schriftl.) zu schmälern.

2. Wir verlangen, daß der gesetzgebende Sejm das neue Mieterschutzgesetz zumindest im Wortlaut des Regierungsentwurfs annimmt, jedoch unter Berücksichtigung der von unserer Vereinigung und dem Zentralverband projektierten Änderungen und Ergänzungen.

3. Wir verlangen, daß das neue Mieterschutzgesetz vom 1. Juli 1923 an gilt.

4. Wir appellieren an die großpolnischen Sejmabgeordneten, daß sie im nationalen, sozialen und kulturellen Interesse, ohne Rücksicht auf Parteiunterschiede, unsere berechtigten Forderungen tatkräftigst unterstützen.

Das diesjährige Landesmissionsfest.

Das diesjährige Landesmissionsfest des Evangelischen Missionsverbandes in Polen soll am 17. und 18. September (Montag und Dienstag) in Birnbaum gefeiert werden. Das Programm sieht für Montag nachm. 5 Uhr einen Festgottesdienst vor, in dem Pfarrer Bertheau-Wollstein die Predigt halten wird. Abends 8 Uhr ist ein Familienabend in Aussicht genommen mit Vorträgen von Missionsinspektor Beyer und dem früheren Afrikamissionar P. Dost-Lubin über das Thema „Das Evangelium, eine Gotteskraft“, erläutert an Beispielen vom Missionsfelde. Dienstag vormittag um 10 Uhr findet die Hauptversammlung statt, in der Superintendent Diestelkamp-Inowrocław den Jahresbericht erstatten und Missionsinspektor Beyer einen Vortrag halten wird über das Thema „Wunder Gottes in China, ein Weckruf an die heimatliche Christenheit“. Das Fest wird eingeleitet durch Missionsgottesdienste am Sonntag, 16. September in allen Kirchengemeinden der Diözese Birnbaum-Samter. Auswärtige Festredner werden in diesen Gottesdiensten die Predigt halten. Vertreter aus allen Synoden unserer Kirche werden zu dem Fest erwartet, desgleichen aus allen Synoden reiche Festgaben für die Mission, die in der Hauptversammlung überreicht werden sollen. Alle Missionsfreunde nah und fern sind herzlich eingeladen. Wegen Bereitstellung von Freiquartieren wolle man sich rechtzeitig an Pfarrer Jüterbock in Birnbaum wenden.

An das Landesmissionsfest schließen sich drei Missionskurse für Pastoren an, der erste am 18. September in Birnbaum, der zweite am 19. und 20. September in einem noch zu bestimmenden Ort der Inowrocławer Gegend, der dritte am 21. und 22. September in Dirschau.

Von der zweiten Hilfslehrer-Prüfung in Posen.

Die Regierung in Warschau resp. Posen, Abteilung für Unterricht und Schulwesen, berief zu Anfang der Sommerferien die im Amte befindlichen Posenschen und Pommerellischen Hilfslehrer und Hilfslehrerinnen zum II. Kursus nach Posen. Nach Ablegung einer Vorprüfung und solcher in Einzelfächern wurde die definitive staatliche Anstellung in Aussicht gestellt. Es fanden sich an 60 Teilnehmer ein. Der II. Kursus stand unter Leitung des Herrn Rektors Gutsche. Nachdem über 3 Wochen doziert worden war, flogen unerwartet Entlassungen aus dem Schuldienste den Teilnehmern auf den Tisch. Dies erweckte natürlich großes Befremden. Man ging an die Regierungsstelle und bat um Aufklärung. Der Dezernent, Reg.-Rat Kotulla, erklärte den Teilnehmern, daß sie in absehbarer Zeit alle aus dem Schuldienst entlassen werden würden. Auf die Vorstellung, daß dies den beorderten Teilnehmern doch schon von vornherein hätte mitgeteilt werden müssen, eröffnete der Dezernent, daß die Absendung der Kündigungen auf ein Versäumnis eines Beamten zurückzuführen sei. Die Betroffenen gaben sich damit nicht zufrieden und wiesen auf die gehabten Unkosten bei der Teilnahme an dem Kursus hin usw. Neben diesen Einzelheiten der amtlichen Vorgänge, die entschieden nicht zu billigen sind, hat die ganze Sache für uns alle doch eine Kehrseite. Stets wurde betont, lasset Eure Söhne und Töchter Lehrer werden, es mangelt an Lehrern und Lehrerinnen. Die Eltern brachten die Opfer in dem selbstverständlichen Vertrauen der späteren staatlichen Anstellung ihrer Kinder. Ob nun die Warschauer oder Posener Regierung sich einseitig, speziell für das Posener Gebiet, auf diesen ablehnenden Standpunkt gestellt hat, wird sich noch näher zeigen. Vorläufig ist die Angelegenheit fraglich. Es scheint in den Kündigungen und Entlassungen aus dem Schuldienst ganz offenbar eine Maßnahme vorzuliegen, das deutsche Schulwesen zu schwächen. Die Schule ist der Grundstein zur Erhaltung des Volkstums; daran darf nicht gerüttelt werden; wir leben doch in einem freien Ordnungsstaate, und der deutschen Minderheit ist das Recht verbürgt worden, Schulen zu unterhalten und Lehrer zu besitzen. In einer freien Republik hat auch die Minderheit ihre verbrieften Rechte zu beanspruchen. Kein Staat der Welt handelt anders. Es ist jetzt viel von der Annäherung Polens an Deutschland die Rede. Die Polen in Deutschland genießen alle Rechte und weit mehr Freiheiten als die Deutschen in Polen. Wir erwarten von der Zentralregierung in Warschau, daß sie von selbst auf das Unhaltbare dieses Bestrebens bestimmter Kreise hinweist und den deutschen Schulen in Posen und Pommerellen die gesetzmäßige Freiheit läßt und die entlassenen Lehrer wieder anstellt. —x—

× **Wieviel Geld darf man zurzeit ausführen.** Gegenwärtig erteilt die P. K. K. P. (Polnische Landes-Darlehnskasse) bei nachgewiesener wirtschaftlicher Notwendigkeit die Erlaubnis zur Ausfuhr eines Betrages bis zu 23 Millionen Mark. Ausländische Valuten können Personen, die einen Auslandspaß besitzen (für Reisen nach Danzig genügt der Personalausweis) ohne besondere Erlaubnis und ohne den Nachweis über die Herkunft der Auslandsvaluta bis zur Höhe von 1000 schweizerischen Franken, bzw. bei Reisen nach Danzig bis zu 250 schweizerischen Franken oder andere Valuta in gleichem Wert mit sich führen. Diese Valuten sind nur in den Devisenbanken erhältlich, die auf den Pässen einen entsprechenden Vermerk über die verkauften Summen machen. Wie wir hierzu erfahren, ist es jetzt gestattet, bis zu 1 Million Mark polnisches Geld bei Fahrten nach Danzig und Deutschland ohne jede weitere Erlaubnis mitzunehmen.

× **„Blaue Lappen“** sind neuerdings „frisch vom Faß“ in den Verkehr gekommen, d. h. also neu gedruckte Hundertmarkscheine, die sich vorläufig durch ihr glänzendes, elegantes Äußere von ihren älteren Brüdern unterscheiden. Letztere, die schon lange „auf der Walze“ sind, haben allmählich, vergleichsweise, das Aussehen von Landstreichern, in abgerissenen Kleidern angenommen, mit denen sich niemand gern „befaßt“. Wie hoch sich die Herstellungskosten eines neuen blauen Lappens stellen, entzieht sich unserer Kenntnis; daß sie aber erheblich höher sind als ihr Nennwert, darf als sicher gelten. Und was erhält man an Ware für einen solchen Hundertmarkschein? Nach langem Nachdenken sind wir darauf gekommen: etwa 6—7 Streichhölzer, von denen jetzt das Stück sich auf etwa 15 M. stellt.

× **Bank Cukrownictwa und Bratnia pomoc.** Wir hatten neulich bekannt gegeben, daß die Bank Cukrownictwa der „Bratnia pomoc“ der Posener Universität den Zucker-Kleinverkauf übergeben hat. Dazu schreibt in der „Gazeta Poznańska“ Stadtv. Habel, Sekretär des Verbandes der Kleinkaufleute: Denkt die Bank Cukrownictwa, daß sie dadurch der Zuckernot in Posen abhelfen wird? Ich bezweifle es! Der Schritt der Bank ist ein deutlicher Beweis dafür, daß sie mit aller Macht den Ruin des Kleinkaufmannstums erstrebt, der teure Mieten und hohe Steuern zahlen muß. Die Ware wird nicht an Kaufleute verteilt, sondern an Leute, die sich mit ganzer Kraft dem Studium hingeben müßten. Mit dem Handel sollen sich Kaufleute befassen.

Der neu eingeführte Extrawagen der Posener Straßenbahn, von dem wir bereits berichteten, wird wohl wieder eingestellt werden, weil die Zahl der Fahrgäste sich nicht hebt. Schuld daran trägt aber auch das Fahrpersonal, weil es der Sache kein Interesse entgegenbringt und diesen frühen Sonderwagen als etwas Überflüssiges ansieht. So fährt beispielsweise der Wagen nicht die ganze Strecke, d. h. über die Wasser-, große Gerber- und Breitestraße (ul. Wodna, Wielkie Garbary und Wielka) sondern bleibt auf dem Alten Markt (Stary Rynek) stehen und fährt dann wieder ab. Man merkt, das Fahrpersonal ist höchst unlustig und glaubt, etwas Überflüssiges zu tun. Heute blieb der Wagen mitten auf der Strecke stehen, weil der Wagen-

---

Amerikanisches Copyright 1922 by Lit. Bur. M. Lincke, Dresden-21.

Der sterbende Wald.

Roman von Heinz Alfred v. Byern.

(39. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

In fieberhafter Hast, mit unsicheren, tastenden Händen riß Redern den Kragen auf, die Taille, löste das Korsett und begann, die Arme der Ohnmächtigen aufwärts und seitwärts hebend und senkend, die Wiederbelebungsversuche.

Schon einmal hatte er einen Menschen vom Tode des Ertrinkens gerettet, seinen Burschen, der bei einer Felddienstübung von einer Pontonbrücke in die Spree gestürzt war, nun kamen Hasso seine Kenntnisse zustatten.

Doch Minuten vergingen, endlos, lange, bange Minuten. Redern geriet in Schweiß, vor seinen Augen tanzten Myriaden von wirbelnden, flimmernden Feuerfunken einen tollen dämonischen Reigen, in seinen zum Bersten angespannten Adern brauste und hämmerte das pulsende Blut in wilden, jagenden, hetzenden Schlägen, und am Gaumen spürte er einen trockenen, gallbitteren Geschmack. Dabei stammelten seine Lippen, halb unbewußt, wieder und immer wieder dieselben Worte: „Lieber Gott! Hilf mir! Lieber Gott!“ Ein leises, ganz leises Zucken der langbewimperten Augenlider, ein schwaches Heben und Senken der Brust, dann verzog sich der kleine, blasse Mund wie bei einem weinenden Kind, und — — — Hasso v. Redern schrie, schluchzte, betete — — jetzt öffneten sich die großen, dunklen schwarzblauen Augensterne, und wie ein Hauch klang es, nur ein einziges Wort: „Du!“

Das Rettungswerk war getan — war geglückt! Mit jenem weltfernen Blick derer, die schon an der Schwelle der Ewigkeit standen, sah Marianne Redern an. Fürsorglich schob er ihr den Arm unter den Nacken, ein dankbares Lächeln huschte über ihre Züge, und wie Schutz suchend tastete die Hand des jungen Mädchens nach Hassos Arm. „Du! O Du!“ Redern wußte es selbst wohl nicht, daß ihm die hellen Tränen über das Gesicht liefen, er lachte und weinte in einem Atem, und als sich nun Marianne mit seiner Hilfe aufrichtete, da war es ihm, als sähe er sie zum erstenmal, als sei dies alles nur ein Wunder, ein Traum, der doch ein Ende haben müsse.

Das junge Mädchen schmiegte sich an ihn, und die beiden achteten nicht darauf, daß an ihnen kleine Bäche tropfenden, rinnenden Wassers herniederrieselten, daß Haare und Kleider mit Algen und Schlamm bedeckt waren — sie sahen nur eins: ihre junge, blutwarme Liebe, die ihnen in den Augen geschrieben stand, und dann — dann — — — weder Hasso noch Marianne wußten später zu sagen, wie es gekommen war — küßten sie sich, küßten sich wieder und immer wieder, auf die Augen, den Mund, die dürstenden Lippen.

„Nun hast Du mir zum zweitenmal das Leben gerettet, Du — Du Liebster, Du!“

„Stille!“ Er streichelte ihr das Haar wie einem Kind, so leise und lind, wie man es der rauhen, rissigen, verarbeiteten Hand niemals zugetraut hätte.

Und in das Schweigen hinein sprach Marianne mit ihrer hellen, jungen Stimme: „Ich habe sie klingen hören, die silberne Glocke, und ich weiß nun auch, was ihr Klang bedeutet: Auferstehung zu einem Leben voll Glück und Liebe mit Dir, für Dich!“

„Marianne!“ Über den See kam ein schwingender, klingender Ton, rein und klar, voll und tief, eine eherne Stimme aus weiter Ferne — in Clanitz läuteten die Sonntagsglocken, und wie eine Mahnung klang es, wie die Stimme einer Mutter: „Gebt unserm Gott die Ehre!“

Das junge Mädchen faltete schweigend die Hände, und so viel rührende Demut, so viel Dankbarkeit und kindliches Vertrauen lagen in dieser stummen Gebärde, daß Hasso unwillkürlich diesem Beispiel folgte. Der letzte, schwebende, hallende Ton war verklungen. Redern legte seinen Arm um Mariannes Schultern: „Nun, komm, ich bringe Dich auf dem kürzesten Wege nach Rhena, es ist näher als Clanitz, und vor allem mußt Du Ruhe haben; ich rufe dann gleich Sanitätsrat Lohmeier an.“

„Aber, Liebster, das ist doch wirklich unnötig, das kalte Bad hat mir sicher nichts geschadet, und Väterchen würde sich ja zu Tode ängstigen, wenn...“

„Nichts da, jetzt trage ich die Verantwortung für Dich!“ Hasso hatte glücklich seine Stiefel angezogen und griff nach Rock und Weste: „Erst zieh mal meine Joppe an, Du kannst Dich sonst auf den Tod erkälten.“

Das junge Mädchen lachte: „Das kann ja später hübsch werden, wenn Du mich jetzt schon so kommandierst, aber — — wie der Herr Oberleutnant befehlen!“ Und sie schlüpfte in das viel zu weite Kleidungsstück, dessen Ärmel fast eine Spanne zu lang waren.

„So, und nun gehen wir so flott, wie es Dir möglich ist,“ — Hasso hakte seine Braut unter — „dabei wirst Du warm, und in Rhena bekommst Du Bettruhe und einen Grog, aber nördlich, nach dem altbewährten mecklenburgischen Rezept: Rum muß drin sein, Zucker kann drin sein und — Wasser ist gar nicht notwendig!“

Wie zwei glückliche, ausgelassene Kinder waren die beiden; aller Schreck, alle Todesfurcht, die ganze letzte Stunde schienen versunken und vergessen zu sein, sie sahen nur den leuchtenden, goldigen Sonnenschein, die flammende, schimmernde Farbenpracht des Herbstwaldes und sich — sich selbst, ihr Glück und ihre Liebe. — —

Frau Bendler, Rederns Wirtschafterin, schlug vor ratlosem Staunen die Hände über dem Kopf zusammen, als das Paar durchnäßt bis auf die Haut und strahlend in die Diele des Rhenaer Herrenhauses trat. Zum erstenmal in ihrem Leben verschlug es der würdigen Dame, die nebenbei die Funktionen einer Mamsell ausübte, die Rede, und alles, was sie in ihrer grenzenlosen Überraschung hervorbrachte, bestand aus den zwei Worten: „Ach Jott! Ach Jott!“

Aber Hasso ließ ihr keine Zeit, sich zu sammeln und die Schleusen ihrer Beredsamkeit zu öffnen: „Schnell, Frau Bendler, das große Fremdenzimmer instand setzen, für trockene, angewärmte Wäsche sorgen, einen Pott Glühwein kochen und dem Kutscher sagen, daß er sofort anspannt, in zehn Minuten muß alles fix und fertig sein, sonst soll ein dreifaches gesiebtes Donnerwetter dreinschlagen — dalli!“

(Fortsetzung folgt.)

führer merkte, daß die Anschrifttafeln nicht ausgewechselt waren. Unwillkürlich erinnerte man sich an das schwäbische „Bähnele“, das mitten auf der Strecke hielt, damit Fahrpersonal und Reisende auf der Wiese raufenden Jungen zusehen konnte. Auch die Kontrolle fehlt.

X **Gelingt's — gut, gelingt's nicht — auch gut**, so dachte ein Gauner, und es gelang ihm. Dieser Tage gegen Abend, so schreibt die „Gazeta Poznańska“, klingelte es in der Wohnung eines Propstes in der Umgegend von Poznań. Vor dem öffnenden Mädchen stand ein „fremder Herr“ und gab dem Mädchen einen Zettel mit der Bitte, ihn dem Herrn Propst zu geben. Der Propst las den Zettel, verstand aber den Inhalt nicht. Auf dem Zettel stand geschrieben: „Gelingt's — gut, gelingt's nicht — auch gut.“ Der Propst sann eine Weile nach, dann ging er hinaus, um von dem „fremden Herrn“ Aufklärung zu verlangen. Der „fremde Herr“ war bereits verschwunden und mit ihm ein Pelz, ein Anzug und noch andere Sachen.

X **Wegen Wohnungswuchers** wurde gegen eine Frau Anzeige erstattet, die 14 Millionen Abstandsgeld vereinbart hatte.

X **Die alte Geschichte.** Erscheint bei einer Frau auf dem Alten Markt eine Person und macht ihr folgendes Angebot: „Ich verschaffe Ihnen billigen Zucker und Speck, aber Sie müssen 50 000 Mark anzahlen“. Die Frau zahlt, der humane Verkäufer aber kehrt nicht zurück. — Ein ähnlicher Fall ereignete sich in der ul. Mostowa 31 (fr. Posadowskystr.), nur mit dem Unterschied, daß hier sogar noch ein Sack für den „bestellten“ Zucker mitgegeben wurde.

X **Einbruchsdiebstähle.** Durch das Fenster einer Parterrewohnung in der ul. Reja 3 (früher Charlottenstraße) verschafften sich Diebe Eintritt und entwendeten Tischtücher, Servietten und Beinkleider, gez. J. R., Damenstrümpfe und Handtücher, einen Regenmantel und mehrere Taschentücher. — In ein Geschäft am Plac Wolności 18 drangen in der Nacht Einbrecher ein und stahlen 2 Dutzend Seidenstrümpfe, Hosen, 4 Handstöcke, einen Herrenpaletot und einen Damenmantel.

Festgenommen wurden wieder mehrere Dirnen und wankende Alkoholfreunde.

---

* **Czarnikau**, 7. August. Der in weiten Kreisen bestens bekannte Buchhändler C. Deuß feierte seinen 70. Geburtstag in voller Geistes- und Körperfrische. Wir wünschen demselben noch viele Jahre in seiner Wirksamkeit.

gb. **Gnesen**, 5. August. Am 5. August hatte die evangelische Gemeinde in ihrem Gotteshause wieder eine musikalische Feierstunde, veranstaltet von Kräften, die sich schon öfter Anspruch auf unsern warmen Dank erworben haben, nämlich Frau Gertrud Wendorff-Zechau, Fräulein Hertha Milbradt-Posen, Fräulein Elise Milbradt-Gnesen, Herr Blau-Posen und Herr Schlegel-Gnesen. Eingeleitet und beschlossen wurde die Feier durch gemeinsamen Gesang der ganzen Gemeinde. Herr Schlegel trug die Orgelsonate über den 23. Psalm von Volkmann in klarer Schönheit vor und begleitete Gesang und Geigenspiel in verständnisvollster Anpassung. Frau Wendorff und Fräulein Elise Milbradt sangen die stimmungsvollen Duette „O, wie selig ist das Kind“ von Mendelssohn, „Mache mich selig“ von Becker und „Denn in seiner Hand“ (aus dem 95. Psalm) von Mendelssohn. Händels „Arioso“ für Sopran und Geige, vorgetragen von Frau Wendorff und Herrn Blau, wirkte sehr ergreifend. Ebenso Frl. Elise Milbradts inniger Gesang des Liedes „Liebster Herr Jesus, wo bleibst Du so lange“ und das Mendelssohnsche „Sei stille dem Herrn“, gesungen von Frl. Hertha Milbradt-Posen mit ihrer schönen, an Glockenton erinnernden Altstimme. Herr Blau, der seine schöne Geige trefflich meistert, bot uns ein Solo aus Bendels D-dur-Sonate, ein Larghetto von Händel und ein „Air“ von Bach. Dieses letzte war ein besonders hoher Genuß. Zum Schluß erklang dann noch das Terzett aus Mendelssohns „Elias“, „Hebe Deine Augen auf“, gesungen von drei Damen, und wie immer — bei gutem Vortrag — seine Wirkung übend. Es war eine erhebende Stunde.

* **Mogilno**, 4. August. Ein französisches Lastauto mit Zinksärgen bereist die umliegenden Ortschaften. Die Leichen der hier in deutscher Gefangenschaft verstorbenen Franzosen sollen ausgegraben und nach ihrer Heimat gebracht werden. So wurde gestern die Leiche eines Franzosen auf dem hiesigen katholischen Friedhofe ausgegraben und fortgeführt. — Die Ernte ist in vollem Gange, und der Roggen steht schon überall in Stiegen. Selbst die Großbetriebe sind schon damit fertig. Mit dem Mähen von Hafer und Gerste beginnt man jetzt. — Der Torf wird in diesem Jahr auch trocken und wird jetzt reichlich abgefahren. Arbeitskräfte für die Ernte sind überall reichlich vorhanden, und so hofft man die Ernte gut einzubringen.

= **Niecißzewo**, Kr. Bromberg, 3. August. In der letzten Zeit schlug der Blitz in die Scheune des Besitzers Gaza und äscherte dieselbe vollständig ein. Mitverbrannt sind mehrere landwirtschaftliche Maschinen.

p. **Rogasen**, 4. August. Der Auftrieb an Ferkeln war auf dem gestrigen Wochenmarkt reichlich, doch fehlten Käufer, wahrscheinlich des prachtvollen Erntewetters wegen, so daß das Geschäft sehr schleppend ging und nur wenig Umsatz erzielt wurde. Ferkel mittlerer Güte wurden etwa mit 550 000 Mk. das Paar verkauft, während für etwas größere bis 800 000 Mk. gefordert wurden.

p. **Rogasen**, 7. August. An dem Bootshause im Stadtpark bemerkte ein Angler ein aus dem Wasser herausragendes Bein. Die herausgezogene Leiche war die eines alten Bettlers, der in der Stadt vorgesprochen hatte und dann allem Anschein nach selbst den Tod im See gesucht hat. — Am Freitag abends um ½10 Uhr fand ein Arbeiter im Stadtpark einen etwa 3—4 Jahre alten Knaben weinend vor, der angeblich weder seinen Namen wußte, noch woher er war. Wie sich schon am nächsten Tage herausstellte, war er ein aus Posen stammender Zögling des Waisenhauses in Gościejewo, der sich in der Absicht, nach Posen zu gelangen, heimlich entfernt hatte.

* **Thorn**, 4. August. Zur Entfernung seines deutschen Firmenschildes ist der Inhaber der Buchmannschen Konfitürenfabrik, Brook, vom Magistrat aufgefordert worden. — Dazu wäre zu bemerken, daß nach einer schon vor längerer Zeit ergangenen Gerichtsentscheidung niemand gezwungen werden kann, deutsche Firmenschilder zu entfernen. Es kann nur neben dem deutschen Schilde die Anbringung eines Schildes in polnischer Sprache verlangt werden.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

r. **Krakau**, 6. August. Am Sonntag hat sich auf der Chaussee, die von Krakau nach Zakopane führt, und zwar zwischen Mogilana und Borka Falecka eine Automobilkatastrophe ereignet. Zwei Automobile, die sich entgegenfuhren, veranlaßten den Führer des einen Autos zum scharfen und plötzlichen Ausweichen, so daß der Wagen gegen eine Telegraphenstange geschleudert wurde. Der Anprall war so stark, daß sich der Wagen überschlug. Eine mitfahrende Dame wurde gegen die Telegraphenstange geschleudert und blieb schwerverletzt liegen. Verletzt wurde auch noch ein Kind, das in demselben Wagen mit seiner Mutter fuhr. Der Mann der Dame wurde an der Hand schwer verletzt. Dem Chauffeur ist nichts passiert. Schnell herbeigerufene Ärzte leisteten den Verunglückten die erste Hilfe.

Aus Polnisch-Schlesien.

* **Bielitz**, 1. August. Ende voriger Woche ist in einem Hause in Bystrai durch Explosion von Schießpulver ein schwerer Unglücksfall entstanden. In dem Aufrichtschen Hause in Bystrai wohnt ein gewisser Michael Wala. Wala hatte sich aus dem Kriege ungefähr drei Kilogramm Schießpulver mitgebracht, welches er in einem Leinensäckchen in seiner Wohnung aufbewahrte. Der Aufbewahrungsort war jedoch feucht. Wala, der das Pulver verkaufen wollte, legte es zum Trocknen auf die Herdplatte des Küchenofens. Das Pulver explodierte mit heftigen Detonationen. Infolge dieser Explosion wurde die Küche fast vollständig demoliert und die anschließenden Räume schwer beschädigt. Zwei in der Küche anwesende junge Mädchen erlitten schwere Brandwunden und mußten von der zur Unfallstelle berufenen Rettungsgesellschaft sofort in das Krankenhaus übergeführt werden.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Zur Förderung der deutsch-rumänischen Handelsbeziehungen** ist soeben in Breslau die Firma „Agrum A.-G. für den Handelsverkehr mit Rumänien“ mit einem bedeutenden Aktienkapital gegründet worden. Beteiligt sind u. a. verschiedene große Breslauer Getreidefirmen sowie auch ein angesehener Bukarester Großkaufmann. Den Vorstand bilden die Herren Guthmann (i. Fa. Schreiber u. Guthmann) und Herbert Schlesinger-Breslau. Dem Aufsichtsrat gehören u. a. der Vizepräsident der Breslauer Handelskammer Spediteur Mendelssohn, Fabrikbesitzer Kantorowicz-Danzig-Langfuhr und mehrere Bukarester Herren an.

♂ **Der litauische Außenhandel** belief sich im Mai auf insgesamt 13 912 661 Lits in der Einfuhr und 22 749 379 Lits in der Ausfuhr, darunter hauptsächlich Holz, Felle, Flachs, Leinsaat und andere landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Industrie.

⊙ **Von der polnischen Petroleumindustrie.** Die Produktion des Boryslawer Beckens hat im Monat Juni 4290 Zisternen betragen, wovon auf Boryslaw 1352, auf Mraznica 842, auf Tustanowice 1842, auf Schodnica 188, auf Mrycz 36,5, auf Lapaczka 19,25 und auf Pareprost 10,5 Zisternen entfallen. Gegenüber dem Vormonat ist die Produktion um 2 Zisternen pro Tag gestiegen. Die Gesellschaften „Nafta“, „Fanta“ u. a. haben den Betrieb auf mehreren bereits stillgelegten Schächten wieder aufgenommen. Die Juliproduktion dürfte erheblich hinter der Juniproduktion zurückbleiben, da Ende vorigen Monats im ganzen Boryslawer Becken ein Generalstreik ausgebrochen ist. Nur die Arbeiter der Drohobyczer Petroleumraffinerie haben sich dem Ausstand nicht angeschlossen. Die Rohölpreise wurden bisher streng dem Dollarkurs angepaßt. Anfang Juni belief sich der Preis noch auf 1,65 Dollar je 100 Kilogramm. Gegen Ende des Monats ging er auf 1,48 Dollar zurück. Diese Senkung ist um so auffallender, als sie im umgekehrten Verhältnis zur Bewegung der Valuten steht. „Kurjer Lwowski“ hält die Lage auf dem polnischen Petroleummarkt deshalb für höchst gefährlich. Man sei bereits so weit gekommen, daß die Ausbeutung eines Schachtes mit einer Monatsproduktion von 15 Zisternen nicht mehr lohne. Dabei seien solche Schächte auch nur noch wenig vorhanden. Ein Eingreifen der Regierung sei dringend geboten. Die Petroleumexporteure haben mit der Polnischen Landesdarlehnskasse ein Abkommen getroffen, wonach sie alle durch die Ausfuhr erlangten fremden Valuten der Landesdarlehnskasse überweisen, während diese sich verpflichtet, alle durch entsprechende Belege nachgewiesenen Auslandsschulden der polnischen Petroleumindustrie zu begleichen und den Exporteuren im Maße der abgelieferten Valuten Kredite in polnischer Mark einzuräumen.

⊙ **Polnische Oelfabriken** befanden sich von im ganzen 11 nur 5 im April und 4 im Mai im Betriebe. Beschäftigt wurden 192 Arbeiter. Von Beginn der Kampagne bis Mai betrug die Produktion 235 Tonnen Raps- und Leinöl und 1100 Tonnen Ölkuchen.

⊙ **An den Wiederaufbau der Tabakfabriken Galiziens**, die durch den Krieg vernichtet worden sind, ist jetzt die Direktion des polnischen Tabakmonopols herangetreten. Zunächst soll die Zigaretten- und Zigarrenfabrik in Monasterzyska, die früher für das österreichische Tabakmonopol arbeitete, wieder in Betrieb genommen werden. Im Zusammenhang mit diesen Vorkehrungen wird auch die Tabakanbaufläche Galiziens eine erhebliche Vergrößerung erfahren.

⊙ **Die tschechoslowakische Holzindustrie** ist seit kurzem lebhafter als in den Vormonaten beschäftigt. Mehrere Sägewerke haben eine größere Zahl von Arbeitern neu einstellen müssen. Die Möbelindustrie zeigt keinen einheitlichen Geschäftsgang. Verschiedene kleinere Fabriken sind voll beschäftigt und haben sogar ihren Betrieb vergrößert, während größere Werke fortgesetzt über Arbeitsmangel klagen.

Wirtschaft.

♀ **Die Sperrung der Einfuhr von Luxuswaren nach Polen** sucht die Warschauer Regierung, ohne zu einem direkten Verbot zu schreiten, praktisch dadurch zu erreichen, daß sie eine so starke Erhöhung der Zölle für diese Waren vorbereitet, daß deren Einfuhr einfach unmöglich werden wird. Alle bisherigen Ausnahmen sollen vollkommen fortfallen.

♀ **Reform der bulgarischen Tabakgesetze.** Wenn wir uns ausführlich und kritisch mit dem zu Anfang d. Js. erlassenen Gesetz der Regierung Stambulinski beschäftigten, durch welches in allzu einseitiger Weise die Interessen der bäuerlichen Tabakanbauer gefördert, diejenigen der bulgarischen Industrie und besonders des Exporthandels aber stark beeinträchtigt wurden, so wissen wir, daß sich dann später auch die verhängnisvollen Folgen, welche dieses Gesetz auf dem Tabakmarkte gezeitigt hat, erheblich bemerkbar gemacht haben. Die neue, handelsfreundliche Regierung hat bald nach dem Sturze Stambulinskis eine Kommission eingesetzt, welche die notwendigen Änderungen des bisherigen Gesetzes vorbereiten soll. Über die in Aussicht genommenen Maßnahmen erfahren wir durch unseren Korrespondenten in Sofia, daß sofort die Bestimmung außer Kraft treten soll, wonach Fabriken zur Manipulierung von Rohtabak und Erzeugung von Zigaretten nicht mehr von Privatleuten und Gesellschaften, sondern nur noch von bäuerlichen Genossenschaften begründet werden dürfen. Hiernach ist bestimmt zu erwarten, daß demnächst mehrere Tabak- und Zigarettenfabriken in verschiedenen Teilen Bulgariens, vor allem auch unter Beteiligung ausländischen Kapitals, neu entstehen werden, da die Ernte außerordentlich günstige Resultate verspricht, der Tabakexport aus Bulgarien aber durch den verhältnismäßig hohen Levakursstand (vor allem nach Deutschland) eine Zeitlang bedenklich gehemmt war. Außerdem hat die erwähnte Kommission beschlossen, daß die Berechnung der „Fira“ (Fermentation des Tabaks in den Depots) nicht mehr für 300, sondern für 200 Tage, d. h. nicht vom 5. Dezember, wie zurzeit vorgeschrieben, sondern vom 15. März ab erfolgen soll. (Bei der „Fira“ wird das angemeldete Gewicht allmählich immer geringer.) Alle diese und voraussichtlich noch einige weitere Abänderungen dürften schon in den ersten Sitzungen der neuen Sobranje genehmigt werden.

♀ **Neue russische Ein- und Ausfuhrverbote.** Laut „Ek. Schisn“ hat die Plankommission die Ausfuhr von Kleesaat, an der es im Inlande mangelt, verboten und ihre Einfuhr mit Ausnahme von Rotklee gestattet. Im übrigen ist die Einfuhr von Sämereien mit Ausnahme solcher für die Versuchsstationen verboten. Auch die Einfuhr von Superphosphat ist, soweit der Bedarf durch die Inlandsproduktion gedeckt werden kann, verboten. Gestattet ist die Fleisch- und Borstenausfuhr.

Von den Aktiengesellschaften.

„Juno“, T. A., Posen (Melasse- und Futtermittelverwertung) hält am 20. August 1923, nachm. 4 Uhr ihre Generalversammlung in der Bank Ziemian, Aleje Marcinkowskiego 13, ab. Auf der Tagesordnung ist neben den üblichen Punkten auch eine Kapitalerhöhung um 55 Millionen geplant. Die Aktionäre, die an der Versammlung teilnehmen wollen, müssen bis zum 19. Aug. ihre Aktien bei oben angeführter Bank zur Legitimationszwecken vorgelegt haben. (M. P. 175.)

S. Herrmann in Nakel (Posen), T. A., gibt bekannt, daß die Generalversammlung am Sonnabend, dem 25. August 1923, vormittags 11 Uhr, in den Geschäftsräumen der Firma stattfinden wird. Auf der Tagesordnung steht auch eine Kapitalerhöhung. Die Aktionäre, die an der Versammlung teilnehmen wollen, müssen ihre Aktien der Ps. K.-K. P. oder einem Notar spätestens drei Tage vor der Generalversammlung zwecks Bescheinigung vorlegen. (M. P. 175.)

Der Vorstand der **„Französisch-Belgisch-Polnischen Bank“** (Francusko-Belgijsko-Polskiego Banku) für Handel und Industrie S. A. in Lodz gibt bekannt, daß die Subskription auf 4 000 0000 Aktien 7. Emission unter folgender Bedingungen erfolgt: 1. Jede Aktie der früheren Emissionen hat das Recht, auf jede Aktie vier junge der 7. (2.) Emission) zu beziehen. 2. Der Emissionskurs beträgt 1600 pro Stück. 3. Das Bezugsrecht muß innerhalb von 30 Tagen ausgeübt werden, vom Tage der Veröffentlichung (3. 8. 23) ab. 4. Die Aktien der früheren Emissionen, die das Bezugsrecht ausüben wollen, müssen in den unten angeführten Banken zur Abstempelung vorgelegt werden. 5. Die Aktien 7. (2.) Emission sind vom 1. 9. 23 ab dividendenberechtigt. Anmeldungen zur Ausübung des Bezugsrechtes werden von der Zentrale der Bank in Lodz, ul. Piotrowskiej 67, und den Filialen in Posen, ul. 27. Grudnia 19, Warschau, in den Räumen des Hotels „Europa“, Plac Saski, und Danzig, Textilbank A.-G., Töpfergasse 23/24, entgegengenommen. (M. P. 175.)

Von den Märkten.

Häute. Am Warschauer Häutemarkt ist die Tendenz in der vergangenen Woche etwas schwächer geworden. Die Preise zeigten fallende Tendenz, weil aus der Provinz Meldungen eingetroffen sind, die einen bevorstehendes Sinken der Preise ankündigen. Das Sinken der Preise ist jedoch in erster Linie auf den Bargeldmangel zurückzuführen. Aus diesem Grunde reduzieren die Gerbereien auch ihre Produktion. Die Preise aus dem Lande haben von 1 Million Mk. auf 850, zum Teil sogar bis auf 825 000 Mkp. des Pud nachgegeben. In Warschau wurde Rindsleder zu Beginn der Woche mit 1150—1100 tausend Mkp. notiert, während es am Ende der Woche mit 950 000 zu haben war. Kalb brachte 28 000 das russ. Pfund, Pferd 600 000 Mkp. das Stück. Erwartet wird vorläufig noch ein weiteres Nachgeben der Preise, auch bei weiter fortschreitender Teuerung.

Baumaterial. In Lemberg wurde gezahlt: für gewöhnliche und Maschinenziegeln loko Ziegelei 850, loko Waggon 1090, Dachsteine getr. loko Ziegelei 3750, loko Waggon 3950, Dachreiter loko Ziegelei 8000, loko Waggon mit Verpackung 8250. Nägel kosteten pro km 16 000, Pappnägel 18 000, Glas pro qm 65 000—80 000, Zement 270 000 (200 kg-Tonne), Kalk 4 600 000 für den 10 t-Wagen loko Nizniów, Dachpappe (120½) 60 000, (120) 90 002 (100) 130 000, (90) 140 000, (80) 155 000 (70) 165 000. Tendenz: stärker.

Papier. Der Warschauer Papierverband hat für die vergangene Woche folgende Papierpreise festgestellt: Dokumentenpapier I 50 580, Löschpapier 21 Gramm 98 850, 18 Gramm 102 600, 15 Gramm 115 640; Kanzleipapier 4 Kl. 24 610, 5 Kl. 18 490, Satiniertes Briefpapier 6 Kl. 15 900, matt 16 330, Druckpapier satin. 6 Kl. 14 780, matt 14 310, 7 Kl. satin. 14 000, matt 13 360, Zeitungsdruckpapier 12 920, Rotationspapier 11 970.

Börse.

‡ **Warschauer Effekten.** Die Tendenz für Devisen unverändert fest, für Effekten anhaltend fest, wenig Umsatz. Von nicht offiziellen Werten sind gehandelt worden: in Tausend Mkp.: Konopie 220, Pruszków 65—67,6, Lokomotywy 200, Polski Lloyd 60, Lechja 21, Kauczuk 80—85, Opatówek 110, Warsz. Bank Zjednoczenia 140, Elektrownia na Sanie 20—22. Neuerdings werden an der inoffiziellen Börse auch die Aktien von Rauer Kredik i Ska. (Metallindustrie) mit 12—15 gehandelt.

Kurse der Posener Börse.

Bankaktien:	7. August	6. August
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VII. Em.	—,—	20 000
Bank Przemysłowców I. Em. o. K.	22 000	23 000—22 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em.	55 000—50 000	—,—
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	23 000	23 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em. .	6000—5900	6000
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	6000	6000
Bank Młynarzy	9000	8000
Industrieaktien:		
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em. .	—,—	20 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	11 000—14 500	14 000—12 000
Centrala Rolników I.—IV. Em. .	6000	6000
Centrala Skór I.—IV. Em. (o. Bzr.)	30 000—28 000	30 000—29 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	45 000	45 000
Goplana I.—II. Em.	27 000	28 000—27 000
C. Hartwig I.—V. Em.	9000	8000-9000-8500
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	5000	5000
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	9000	—,—
Hurtownia Skór I.—III. Em. . .	36 000	36 000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em. o. Bzr.	65 000	—,—
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	30 000	—,—
Iskra I.—III. Em.	52 000—50 000	55 000—50 000
Dr. Roman May I.—IV. Em. . .	480 000-425 000	500 000—480 000
Pneumatik o. Zukaufsr. u. o. Kup.	5500	—,—
Płótno I.—II. Em. (ohne Bezugsr.)	25 000	26 000—25 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—III. Em.	18 000	—,—
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em. (ohne Bezugsrecht)	52 000—49 000	44 000—48 000
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em. (exkl. Zukaufsrecht)	75 000	60 000—65 000
Spółka Stolarska I.—II. Em. (o. Bzr.)	—,—	45 000
Starogradzka Fabr. Mebli I. Em. .	—,—	28 000
„Unja“ (früher Bentzki) I. u. II. Em.	120 000	150 000-160 000
Wytwornia Chemiczna I.—III. Em. ohne Bezugsrecht	9200—9000	9500—9200

Tendenz: nicht einheitlich.

Die Posener Börse

bleibt an den übrigen Tagen dieser Woche geschlossen.

Danziger Mittagskurse vom 7. August.

Die polnische Mark in Danzig 1400
Der Dollar in Danzig 3 300 000

Warschauer Vorbörse vom 7. August.

Deutsche Mark in Warschau 0,10
Dollar in Warschau 204 500
Englische Pfund in Warschau 968 000
Französischer Franken in Warschau 12 300
Schweizer Franken in Warschau . . 38 100

Warschauer Börse vom 6. August.

Devisen:

Belgien	10 000	Paris	12 450
Berlin und Danzig .	0.14—0.12½	Prag	6 250—6 300—6 050
London	985 000—945 000	Schweiz	38 400
Neuyork	212 000-214 000-206 000	Wien	3.00—3.03—2.90

Berliner Börsenbericht

vom 6. August.

Disk.-Komm.-Anleihe	3 100 000.—	Polnische Noten	740.—
Danz. Priv.-Aktienbank	1600000.—	Auszahlung Holland .	645 000.—
Hartmann Masch.-Akt.	—.—	„ London .	7 500 000.—
Phönix	9 000 000.—	„ Neuyork .	1 650 000.—
Schuckert	10 500 000.—	„ Paris . . .	96 000.—
Hapag	6 750 000.—	„ Schweiz .	294 000.—
3½% Pos. Pfandbriefe	—.—	Ungarische Goldrente . .	—.—
Auszahlung Warschau	750.—		

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Oststaaten: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil: Dr. Martin Meister; für Stadt und Land i. V.: Robert Styra; für Handel und Wirtschaft: Robert Styra; für den übrigen unpolitischen Teil: Dr. Wilhelm Loewenthal; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. — Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Posen.